

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 10. September 2015, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Joseph Wetzel, Präsident Einwohnerrat

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats bis 19.20 Uhr 48
Mitglieder des Einwohnerrats ab 19.20 Uhr 49
Mitglieder des Gemeinderats 6
Samuel Kern, Geschäftsleiter Schule
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Barbara Wiedmer, Gemeindeschreiberin (Protokoll)

Entschuldigt
abwesend: Andrea Fischer, SP
Daniel Huser, Gemeinderat
Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege

- Traktanden:
- 1 Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2015
 - 2 Inpflichtnahme von Brunner Hans, SVP (anstelle des zurückgetretenen Breuss Edy, SVP)
 - 3 Ersatzwahl von Chapuis François, CVP, in die Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Huber Reto, CVP)
 - 4 Zwischenbericht für die Umsetzung des Altersleitbilds
 - 5 Kreditbegehren von Fr. 160'000.00 (inkl. MwSt.) für die Schulraumplanung Wettingen 2016 - 2030
 - 6 Kreditabrechnung von Fr. 4'776'861.30 (inkl. MwSt.) für den Bau bzw. die Sanierung von zwei Kreiselanlagen sowie die Sanierung der Landstrasse, Teilstück Staffel-/Alberich Zwyszigstrasse
 - 7 Kreditabrechnung von Fr. 263'699.30 (inkl. MwSt.) für die Ausarbeitung des Bauprojekts "Neugestaltung Landstrasse"
 - 8 Motion der Fraktionen FDP und BDP vom 16. Oktober 2014 betreffend Lohn statt Sozialhilfe (gemeindeinternes Arbeitsprogramm für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger); Ablehnung
 - 9 Motion Merkli Michael, BDP, vom 18. Dezember 2014 betreffend Ausschöpfungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Sozialhilfe; Entgegennahme
 - 10 Motion Merkli Michael, BDP, vom 12. März 2015 betreffend Überprüfung und Optimierung des IKS (Internes Kontrollsystem); Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

- 11 Motion Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend S-Bahnhaltestelle Tägerhard; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat
- 12 Postulat Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend "Mission EINE Generation!"; Entgegennahme
- 13 Postulat Merkli Michael, BDP, vom 24. Juni 2015 betreffend Rückstellung der steuerlichen Mehreinnahmen bei Zwecksteuer Erhebungen; Ablehnung
- 14 Postulat Merkli Michael, BDP, vom 24. Juni 2015 betreffend Optimierung des Prognose-Prozesses Steuereinnahmen natürliche Personen; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung
- 15 Interpellation Huber Reto und Wassmer Christian, beide CVP, vom 16. Oktober 2014 betreffend Sozialhilfekosten; schriftliche Beantwortung
- 16 Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Dezember 2014 betreffend transparente Legislaturziele des Gemeinderats; schriftliche Beantwortung
- 17 Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 16. Oktober 2014 betreffend Gemeindebibliothek zur Kundenstruktur und Angebot; schriftliche Beantwortung
- 18 Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 15. Mai 2014 betreffend Kaminfegerpreise und Kaminfeger im Allgemeinen; schriftliche Beantwortung

0 Mitteilungen

0.1 Rechtskraft

Die dem fakultativen Referendum unterstehenden Beschlüsse der Sitzung vom 24. Juni 2015 sind in Rechtskraft erwachsen.

0.2 Tischauflagen

Die Ratsmitglieder erhalten folgende Unterlagen:

- Neue Sitzordnung
- Wahlzettel Ersatzwahl Finanzkommission

0.3 Neueingänge

a) **Postulat Notter Daniel, SVP, Pauli Christian, FDP, Michel Roland, CVP, vom 10. September 2015 betreffend Mehr Beachtung für das Gewerbe und die Arbeitsplätze in Wettingen**

Antrag

Der Gemeinderat wird ersucht, alle nötigen Schritte einzuleiten, um dem Gewerbe und den Arbeitsplätzen in Wettingen eine höhere Priorität in der politischen Handlung zu geben und diese aktiv zu unterstützen. Weiter soll das einheimische Gewerbe bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Begründung

Der Gemeinderat hat im August 2015 neue Leitsätze und Leitziele veröffentlicht. Gegenüber den bisherigen Leitziele aus dem Jahr 2001 finden das Gewerbe und die Wirtschaft grundsätzlich keinen Platz mehr. Die Haltung zu Gewerbe, Wirtschaft und Arbeit wird allein bei der Planung für die Landstrasse und das Bahnhofareal erwähnt.

Eine Sportstadt, Gartenstadt und Generationenstadt wie Wettingen es sein will, braucht eine gesunde Wirtschaft. Sie braucht lokale Unternehmungen, denn diese unterstützen die Dorfgemeinschaft finanziell und materiell.

Im Gegenzug ist das einheimische Gewerbe darauf angewiesen, dass sie bei öffentlichen Ausschreibungen von Aufträgen offerieren kann und, wenn gesetzlich möglich, bei der Vergabe berücksichtigt wird. In der Vergangenheit gab es leider Beispiele, bei denen lokale Unternehmungen nicht einmal angefragt wurden.

Ein Dorf in der Grösse wie Wettingen es ist, braucht lokale Arbeitsplätze. Ausbildungsplätze im Dorf sind für die jüngere Generation wichtig, sind ökologisch von Vorteil und fördern die Standortattraktivität von Wettingen. Ohne lokales Gewerbe und ohne lokale Unternehmen braucht es kein Standortmarketing.

Der Gemeinderat soll den lokalen Unternehmungen, dem Gewerbe und den Handels- und Dienstleistungsunternehmen wieder mehr Beachtung schenken und diese bei ihrem Handeln unterstützen.

b) **Postulat von Notter Daniel und Baumann Jürg, beide SVP, vom 10. September 2015 betreffend Mehr Gewerbe- und Dienstleistungsflächen in Wettingen**

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, um den Anteil der Gewerbe- und Dienstleistungsflächen künftig zu erhöhen. Es ist auch zu prüfen, ob die Schaffung eines Gewerbeparks Wettingen Ost realisiert werden kann. Dabei ist auf die Verträglichkeit mit den angrenzenden Wohnquartieren, soweit sinnvoll, zu achten.

Begründung

Namhafte Traditionsunternehmen mussten Wettingen verlassen, da sie die nötigen Gewerbeflächen in Wettingen nicht mehr finden konnten. Dies führt nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen in Wettingen und sinkenden Steuereinnahmen, sondern es gehen damit auch wichtige Ausbildungsplätze verloren.

Für das Dorf- und Vereinsleben sind lokale Unternehmungen wichtig, da sie die Vereine und Dorfaktivitäten materiell und finanziell unterstützen.

Der Jahresbericht 2014 des Standortmarketings bestätigt den Wunsch nach mehr Gewerbeflächen. Viele Anfragen mussten jedoch negativ beantwortet werden.

Mit der bevorstehenden BNO-Revision kann die Gemeinde Wettingen die Voraussetzungen schaffen, damit der Anteil an Gewerbeflächen erhöht werden kann.

Eine S-Bahnhaltestelle Tägerhard macht langfristig nur Sinn, wenn das Pendlervolumen vorhanden ist. Ein Gewerbepark Wettingen Ost kann die Nachfrage stützen.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die Werte in Wettingen bei den Aktiensteuern im Verhältnis zu vergleichbaren Gemeinden und zum kantonalen Schnitt unterdurchschnittlich sind. Der Gemeinde Wettingen fehlen diese Steuereinnahmen für künftige Investitionen.

2014	Einwohner	Steuern jur. Personen	Steuerkraft jur. Personen pro Einwohner	Verhältnis zu Wettingen
Wettingen	20'230	3'498'214	172.92	
Baden	18'631	26'670'137	1'431.49	8.28
Spreitenbach	11'058	9'170'441	829.30	4.80
Bezirk Baden	138'254	56'838'737	411.12	2.38
Kanton Aargau	644'830	182'818'398	283.51	1.64

Der Anteil Aktiensteuern betrug in Wettingen im Jahr 2014 Fr. 3'498'214 (pro Einwohner Fr. 172.92). Im Vergleich zu den nächst grösseren Gemeinden im Bezirk Baden ist Wettingen weit im Rückstand. Baden führt die Rangliste an. Baden erzielt einen Aktiensteueranteil von Fr. 26'670'137. Mit Fr. 1'431.49 pro Einwohner sind dies rund achtmal mehr als Wettingen pro Einwohner generiert. Spreitenbach erreicht Fr. 9'170'441, d.h. pro Einwohner knapp fünfmal mehr.

c) Postulat Benz Andreas, CVP, betreffend Sportplätze- Planungssicherheit für unsere Wettinger Vereine

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, ein langfristiges Konzept zu erarbeiten, welches die Entwicklung und allfällige Verlegungen von Sportstätten in Wettingen mit zeitlicher Komponente aufzeigt. Die Bedürfnisse und Ziele der lokalen Sportvereine müssen dazu geklärt werden.

Begründung

Die Sportvereine von Wettingen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Durch das Engagement der Vereine lernen die Kinder bereits früh, sich in einem sozialen Umfeld zu bewegen. Zudem werden nachhaltig die Gesundheit, die kulturelle Integration sowie die Durchmischung von Jung und Alt gefördert.

Damit sich die Vereine weiterentwickeln und ihre Investitionen planen können, ist es von wichtiger Bedeutung, die Standortfrage für die zukünftigen Sportstätten zu klären.

Gemäss der Entwicklungsplanung 2030 der Gemeinde Wettingen sowie dem Faltprospekt „Planungen und Projekte der Gemeinde Wettingen“ bestehen die Absichten des Gemeinderats, das Sportangebot zentral im Gebiet Tägerhard anzusiedeln. Durch die Neuprojektierung der Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard kann der angestrebte zeitliche Rahmen des Gemeinderats nicht mehr eingehalten werden und wird sich bestimmt verändern. Durch diese Umstände sind die Vereine von Wettingen auf eine verlässliche Planungssicherheit angewiesen.

d) Postulat Fraktion SVP vom 10. September 2015 betreffend Besoldung Schulpflege Wettingen

Antrag

Mit dem Stellenantritt und der guten Etablierung des Geschäftsleiters der Schule wird die Schulpflege deutlich entlastet und somit eine Anpassung bzw. Reduktion der Schulpflegeentschädigungen erforderlich.

An der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2013 wurde eine Erhöhung der Stellenprozen- te hinsichtlich der Einstellung des Geschäftsleiters Schule sowie die daraus resultierenden unten stehenden Kosten beschlossen.

Kosten

1. Geschäftsleiter/-in 100 %, Jahreslohn inkl. Lohnnebenkosten Arbeitgeber und Arbeitnehmer	Fr. 200'000.00
2. Sekretär/-in 60 %	Fr. 50'000.00
Total Mehrkosten	Fr. 250'000.00

Einsparungen

1. Wegfall des bisherigen 100 %-Sekretariats	Fr. - 140'000.00
2. Minderaufwand Schulpflege (Reduktion Sitzungen)	Fr. - 20'000.00
3. Übernahme Anteil des Kantons am GL-Jahreslohn 20 %	Fr. - 40'000.00
Total Einsparungen	Fr. - 200'000.00

Netto-Mehrkosten pro Jahr **Fr. 50'000.00**

Abbildung 1: Auszug aus dem Geschäft Nr. 2012-1335

Die Verschiebung der Tätigkeit von der Schulpflege nun zum Geschäftsführer mit Sekretariat sollte kostenneutral sein. Dies würde jedoch einer Reduktion der Entschädigungen von über 50 % entsprechen, was relativ hoch ist. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, die Entschädigung von Fr. 95'000.00 um 30 % zu reduzieren, mit dem Ziel der baldmöglichsten Umsetzung, jedoch spätestens auf die nächste Legislaturperiode.

Begründung

Präambel

Aufgrund einer Systemänderung vor einigen Jahren wurde entschieden, dass der Einwohnerrat nicht mehr alle vier Jahre über die Entschädigung der Schulpflege entscheidet, sondern ein Reglement für den Gemeinderat und die Schulpflege geschaffen wird. Dieses

Reglement hat Bestand, so lange keine diesbezüglichen Änderungen beschlossen werden.

Am 1. Januar 2014 hat nun der Geschäftsleiter Schule seine Arbeit aufgenommen und schrittweise einen Teil der Aufgaben der Schulpflege übernommen. So ist aus dem Rechenschaftsbericht 2014 zu entnehmen, dass die Entlastung der Schulpflege deutlich spürbar sei.

Auch ist aus der unten stehenden Aufstellung ersichtlich, dass die Anzahl der Sitzungen und die Anzahl der Geschäfte abgenommen haben und zukünftig noch mehr abnehmen werden.

Schulpflege		2012	2013	2014	2014	2015
				Jan.-Juni	Juli-Dez.	Planung
Anzahl Sitzungen	SPF	16	16	8	6	8
davon gemeinsam mit SLK		16	16	8	6	5
Anzahl Geschäfte		798	801	353	170	<400

Schulleitungskonferenz

Anzahl Sitzungen SLK	17	19	10	11	>25
----------------------	----	----	----	----	-----

Abbildung 2: Auszug aus dem Rechenschaftsbericht 2014

Dazu ist ebenfalls festzuhalten, dass die Einführung der Stärkung der Volksschule bereits umgesetzt wurde und dieser sicherlich grosse Aufwand nun auch entfällt.

Bereits anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2013 wurde mehrmals von verschiedenen Seiten erwähnt, dass die Entschädigung der Schulpflege im Zusammenhang mit der Neuorganisation zu überdenken und auf die neue Legislaturperiode zu überprüfen sei.

Aufgrund der heutigen Aufgaben der Schulpflege, der Entlastung durch den Geschäftsleiter der Schule und der finanziellen Situation der Gemeinde ist eine Anpassung bzw. eine Reduktion der Entschädigung für die Schulpflege angebracht und notwendig.

e) Interpellation Fraktion SVP vom 10. September 2015 bezüglich MitarbeiterInnen der Sozialen Dienste Wettingen

Die Gemeinde Wettingen liegt in verschiedenen Bereichen, wie der Anzahl zu bearbeitenden Fälle, Kosten etc. über dem kantonalen Durchschnitt.

Die vorliegende Rechnung hat nun ergeben, dass die Sozialen Dienste Wettingen über 20 % des Budgets ausmachen und die Tendenz steigend ist. Aus diesem Grund ist es nötig, diese Kosten stetig zu hinterfragen und möglichst umfassende Fakten zu eruieren.

Deshalb möchten wir die folgenden Fragen stellen:

1. Wie hat sich die Anzahl Stellenprozent im Sozialdienst gesamthaft und aufgeteilt nach Abteilungen/Sektionen in den letzten 10 Jahren verändert?

2. Wie hat sich die Lohnsumme Sozialdienst gesamthaft und aufgeteilt nach Abteilungen/Sektionen in den letzten 10 Jahren verändert?
Interne und externe Mitarbeiter separat ausgewiesen.
3. Wie haben sich die Gesamtausgaben der Abteilung Sozialdienst gesamthaft und aufgeteilt nach Abteilungen/Sektionen in den letzten 10 Jahren verändert?
4. Wieviel Geld gab der Sozialdienst gesamthaft und aufgeteilt nach Abteilungen/Sektionen in den letzten 10 Jahren für externe Mandate aus?
Was für Mandate sind das?
5. Wie hat sich die Anzahl Angestellten im Sozialwesen (interne und externe) in den letzten 10 Jahren entwickelt?

f) Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 10. September 2015 betreffend Falschaussage im Rechenschaftsbericht 2014 (Soziale Dienste)

Im Fraktionsbericht zur Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2015 hatten wir festgestellt, dass im Rechenschaftsbericht 2014, Seite 96, folgendes als Begründung für die hohe Differenz bei den Einnahmen der Sozialhilfe 2014 geschrieben wurde:

Bei den Finanzen - Sozialhilfe ist auffällig, dass die Einnahmen nicht den budgetierten Erwartungen entsprechen. Dies hat mit folgenden Gründen zu tun:

- Seit Januar 2014 wird die Prämienverbilligung bei Sozialhilfebeziehenden nicht mehr an die Sozialen Dienste ausbezahlt, sondern direkt an die jeweiligen Krankenkassen.

Ich empfand diese Aussage als nicht logisch, da das entsprechende erneuerte Gesetz per 1. Juli 2014 in Kraft gesetzt wurde. Daher informierte ich mich bei der SVA Aargau, ob diese Begründung zutrifft. Dort wurde mir erklärt, dass es 2014 keine Praxisänderung gab, da eine Einführung per 1. Juli 2014 als zu aufwendig empfunden wurde. Erst per 1. Januar 2015 wurde das Gesetz in Bezug auf die Prämienverbilligung umgesetzt.

An der Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2015 nahm nun die zuständige Ressortleiterin, Frau Yvonne Feri, Stellung zu den Vorwürfen. Sie bekräftigte die gemachten Aussagen im Rechenschaftsbericht 2014 und wischte alle meine Begründungen zum Sachverhalt vom Tisch. Ihre im Rat vorgebrachten Informationen, warum ihre im Rechenschaftsbericht vorgebrachten Argumente richtig sind, waren für mich nicht nachvollziehbar. Daher schrieb ich der SVA Aargau und erhielt folgende Antwort:

Am 3. Dezember 2014 hat die SVA Aargau an alle Personen des Zuständigkeitsbereiches SOZIALHILFEBEZÜGER nachstehende Information zum Ablauf der Prämienverbilligung 2015 für Sozialhilfebezügler u.a. auch über die letzte Direktauszahlung der Prämienverbilligung 2014 per E-Mail verschickt.

Die Mitteilung lautete wie folgt:

Für die Prämienverbilligung 2015 von Sozialhilfebezügern wird ab sofort die volle Prämie verbilligt und die Verbilligung direkt an den Krankenversicherer der Sozialhilfebezügler gemeldet. Dies geschieht automatisch bei Sozialhilfebezügern, die von Ihnen im Partnerwerb seit 1. Januar 2014 erfasst wurden (ohne Enddatum) und somit auch noch für das Jahr 2015 Sozialhilfe beziehen. Demzufolge entfallen die Direktauszahlungen an Sie als Sozialdienst für die Prämienverbilligung 2015.

Was heisst das für Sie?

Es wird die volle Prämienverbilligung bei der Prämienrechnung berücksichtigt und die Sozialdienste müssen keine Krankenkassenprämien der obligatorischen Krankenversicherung mehr bevorschussen für 2015.

Wichtig:

- Beendigungen der Sozialhilfe sind laufend und möglichst zeitnah einzugeben!
- Mutationen wie Kassenwechsel oder unterjährige Prämienanpassungen müssen im Partnerweb nicht eingegeben werden.
- Für die Prämienverbilligung 2014 werden im August / September 2015 letztmals Direktzahlungen an Sie gemacht. Dabei wird eine Differenz oder der volle Betrag vergütet. Hängt davon ab, ob via ordentliches Verfahren eine Meldung der PV an den KV erfolgt ist. Wenn ja, dann wird demnach nur die Differenz ausbezahlt.

Ich hoffe Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
SVA Aargau

Fragen

1. Warum haben Sie im Rechenschaftsbericht und im Einwohnerrat nicht über die effektiven Tatsachen informiert?
2. Warum haben Sie, Frau Gemeinderätin, an der Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2015 nicht über dieses Schreiben informiert, respektive als Grundlage das Statement herangezogen?
3. Wussten Sie oder die Sozialhilfe Abteilung nichts über die Existenz dieses Schreibens?
4. Wie hoch sind die noch zu erwartenden Rückflüsse der Prämienverbilligung 2014? Wie sind die Rückflüsse der Prämienverbilligungen 2014, die schon eingetroffen sind?
5. An welchen Daten kamen die Zahlungsrückflüsse?
6. Warum wurde die zu erwartenden Einnahmen von der Prämienverbilligung 2014 nicht in der Rechnung berücksichtigt?
7. Pfl egt das Sozialamt eine Art Window Dressing?

In der Mitteilung heisst es: *Es wird die volle Prämienverbilligung bei der Prämienrechnung berücksichtigt und die Sozialdienste müssen keine Krankenkassenprämien der obligatorischen Krankenversicherung mehr bevorschussen für 2015.*

Das heisst doch, dass die Umstellung eigentlich ein Nullsummenspiel ist. Warum wurde diese doch als Begründung für den hohen Fehlbetrag herangezogen?

Die BDO hat die Rechnung 2014 geprüft und speziell das Ressort Soziales:

8. Was hat die BDO beim Ressort Soziales geprüft? (Bitte Umfang und Detailgrad der Untersuchung und die Stundenzahl.)
9. Wie hoch waren die Kosten, die der Steuerzahler für diese Prüfung zahlen muss?

Allgemeine Anmerkung

Es ist schon das zweite Mal, dass ich Unregelmässigkeiten beim Rechenschaftsbericht feststellen musste. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Ressortleiter die darin gemachten Angaben nicht genauer überprüfen. Es kann nicht sein, dass GPK oder Finanzkommission davon ausgehen müssen, dass der Rechenschaftsbericht an sich falsch ist und deshalb intensiv nach Fehlern suchen müssen. Es ist auch wünschenswert, dass wir Einwohnerräte den Rechenschaftsbericht 2 Wochen früher erhalten als dieses Jahr, das Gleiche gilt auch für das Budget.

Koller Paul: Wir leben heute in einer Kommunikationsgesellschaft. Wir haben zum Glück eine Demokratie, welche Motionen, Postulate und Interpellationen zulässt. Ich bin der Meinung, dass man immer das Medium verwenden soll, das am wirkungsvollsten ist. Es ist unklug, wenn ich mit einem Telefonat in drei Minuten eine Sache erledigen könnte und statt dessen eine schriftliche Eingabe mache und damit einen riesigen Apparat in Bewegung setze. Es gibt Branchen, die sagen, eine Seite kostet Fr. 1'000.00. Man kann also sagen, die Beantwortung der Interpellation betreffend Bibliothek hat Fr. 3'000.00 gekostet. Vielleicht hätte man diese Fragen auch mit einem Telefonat klären können. Meine Erfahrung zeigt, wenn ich etwas von einem Gemeinderat wissen wollte, habe ich immer ein offenes Büro und eine offene Türe gefunden. Ich möchte Sie alle bitten, das Kommunikationsmittel zu verwenden, welches am wirkungsvollsten nach innen ist und nicht nach aussen. Besten Dank.

1 Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2015

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Das Protokoll der Sitzung vom 24. Juni 2015 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2 Inpflichtnahme von Brunner Hans, SVP (anstelle des zurückgetretenen Breuss Edy, SVP)

Der Präsident nimmt Hans Brunner (anstelle des zurückgetretenen Edy Breuss) in Pflicht und wünscht ihm für das Amt als Mitglied des Einwohnerrats viel Freude und Erfolg.

3 Ersatzwahl von Chapuis François, CVP, in die Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Huber Reto, CVP)

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Reto Huber hat auf die nächste Sitzung seinen Rücktritt aus der Finanzkommission angekündigt. Ich verlese sein Rücktrittschreiben:

"Hiermit reiche ich meinen Rücktritt von der Fiko auf die Einwohnerratssitzung vom 15. Oktober 2015 ein. Persönliche Gründe haben mich zu diesem Schritt bewogen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Fiko-Kollegen herzlich für die tolle Zusammenarbeit in der Fiko bedanken. Auch wenn die Ansichten und Meinungen naturgemäß nicht immer deckungsgleich waren, habe ich von allen Fiko-Mitgliedern jederzeit einen grossen Willen verspürt, sich in offenen Diskussionen für eine gute Lösung einzusetzen und immer das Wohl von Wettingen im Auge zu behalten. Speziell danken möchte ich dem Fiko-Präsidenten Christian Wassmer und den Herren Martin Frey und Georg Kummer von der Finanzverwaltung.

Der Fiko wünsche ich eine weiterhin kritische Prüfung der anfallenden Geschäfte, damit Wettingen auch in Zukunft auf gesunde Finanzen stolz sein darf!"

Benz Thomas: Als erstes bedanke ich mich bei Reto Huber für seinen Einsatz in der Finanzkommission. Die Finanzkommission ist ein sehr zeitintensives und teilweise auch anstrengendes Hobby. Ich sage extra Hobby, und das ist das Spezielle daran, eigentlich ist es ein Hobby, aber wir verlangen eine sehr professionelle Arbeit der Finanzkommission und es ist eine sehr zeitintensive Arbeit. Reto Hubers Einsatz in der Finanzkommission war längerfristig geplant. Auch wir waren überrascht über die Rücktrittsankündigung, aber wir respektieren den Entscheid und bedanken uns auch für Reto Hubers Ehrlichkeit.

Um so mehr freuen wir uns, dass wir wieder einen hervorragenden Nachfolger präsentieren können, François Chapuis. Er ist knapp 50 Jahre alt und verheiratet. Abgesehen von seinem Namen ist er ein Vollblut-Wettinger. Sein Motto ist "Man hat nie ausgelernt". Er hat Bauingenieur, Wirtschaftsingenieur, Wirtschaftsinformatiker und Immobilien-Ökonomie studiert. Die Liste ist sehr lang und beeindruckend. Wir wollen natürlich, dass er in der Finanzkommission nicht nur lernt, sondern wir freuen uns, dass er in dieser Kommission sein grosses Wissen intensiv zu Gunsten unserer Gemeinde einsetzen wird. François Chapuis arbeitet beim Kanton als Kantonsbaumeister und Leiter Immobilien Aargau. In seiner Freizeit unternimmt er viel mit seiner Familie, ist in der Kirche engagiert und auch im Vorstand von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. François, von unserer Seite herzlichen Dank, dass Du Dich noch stärker zu Gunsten der Gemeinde Wettingen einsetzen wirst, für unsere Fraktion, für den ganzen Einwohnerrat. Wir freuen uns, dass wir Dich nominieren dürfen und danken allen für die Unterstützung von François.

Palit Orun: Die Fraktion GLP unterstützt die Wahl von François Chapuis in die Finanzkommission. François und ich kennen uns seit unserer Jugendzeit, das geht zurück auf die Jahre 1973 bis 1980. Danach haben wir uns aus den Augen verloren und jetzt nach 35 Jahren im Einwohnerrat wieder getroffen. Aufgrund der damaligen Erfahrungen und Sympathien können wir natürlich niemanden in die Kommission wählen. Deshalb habe ich auf LinkedIn geschaut, was François in seiner Karriere alles gemacht hat. Bis 2002 war er in der Privatwirtschaft tätig, danach mehr in Instituten und Stiftungen und, wie wir gehört haben, nun seit längerem auch beim Kanton. Für die GLP ist es wichtig, dass François in der Finanzkommission mehr von seinem privatwirtschaftlichen Know-How einbringt. Wir erwarten von ihm, dass er in den nächsten Jahren sinnvolle Ausgabenkürzungen vorschlägt, denn Wettingen hat ein Kostenproblem.

Geheime Abstimmung**Finanzkommission – Ersatzwahl Chapuis François (anstelle Huber Reto)**

Das Resultat der geheimen Abstimmung lautet:

Eingelegte Stimmzettel	48
Leer und ungültig	9
Gültige Stimmzettel	39
Absolutes Mehr	20

Stimmen hat erhalten und ist gewählt:

Chapuis François	35
------------------	----

Nicht gewählt sind:

Vogel Yvonne	2
Huser Hansjörg	1
Gueniat Daniela	1

Chapuis François: Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen. Ich freue mich auf die Behandlung der Geschäfte in der Finanzkommission. Ich nehme die Worte von Orun Palit gerne mit und kann Euch versichern, dass ich immer noch viel Herzblut aus der Privatwirtschaft in mir habe, auch wenn ich jetzt seit längerer Zeit beim Kanton arbeite. Herzlichen Dank. Ich nehme die Wahl an.

4 **Zwischenbericht für die Umsetzung des Altersleitbilds**

Haas Markus, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Die Geschäftsprüfungskommission hat während den Sommerferien den Zwischenbericht über die Umsetzung des Altersleitbilds zur Prüfung zugewiesen bekommen.

Da die Fachstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit Schwerpunktthema bei der Prüfung des Rechenschaftsberichts 2014 war und wir vertieft über die Arbeit der FAF von Gemeinderätin Yvonne Feri und der Stelleninhaberin Lilo Jud orientiert wurden, habe ich als Präsident der GPK beschlossen, das Geschäft auf dem Zirkularweg zu erledigen. So hat auch die GPK einen Beitrag zur Kostensenkung und Budgetentlastung der Gemeinde Wettingen beigetragen.

Die GPK verdankt den sehr ausführlichen und vollständigen Zwischenbericht, bereits der Anhang „Standortgespräch mit der Gemeinde Wettingen“ hätte schon fast gereicht.

Wettingen ist auch im Alter sehr attraktiv, mitunter auch ein Verdienst der FAF, welche eine wertvolle Anlaufstelle ist. Die GPK stellt sich hier allerdings die Frage, ob der Standort im EWW-Gebäude bei den Sozialen Diensten nicht der falsche Ort ist und die FAF im Rathaus nicht besser angesiedelt wäre, haben doch die meisten der älteren Generation eher Berührungsängste, wenn sie für einen Besuch der Fachstelle zu den Sozialen Diensten müssen.

Erfreulich ist, dass viel in Bewegung ist, wenn auch die Umsetzung (z.B. Betreutes Wohnen im Alter) noch in der Planungs- oder kurz vor der Bauphase steckt. Hier stellt sich die Frage, ob die geplanten Wohnungen denn auch ausreichen.

Erfreulich ist, dass bestehende Strukturen benutzt werden und nicht etwas Neues, Eigenes und Teures aufgebaut wird, siehe die Zusammenarbeit mit Tixi Aargau.

Auf Seite 16, Stand der Umsetzung, steht: *"Innerhalb der Verwaltung ist der Bereich Alter nur beschränkt ein Querschnittthema..."*. Weiter unten steht: *"Zusammenarbeit mit Standortförderung hervorragend, IT und Bau- & Planung konstruktiv..."* - Eine Bitte an den Gemeinderat: löst das unbürokratisch.

Die Freiwilligenarbeit muss gestärkt werden. Erfreulich sind die drei freiwilligen Helferinnen beim Besuch der 80-jährigen. Hier stellt sich die Frage, ob sich die Stelleninhaberinnen bei einem Pensum von bewilligten 70 % auch die Zeit für solche Besuche nehmen muss oder kann. Eine Erhöhung des Pensums der FAF hätte bei einer Mehrheit der GPK einen schweren Stand, wir bitten den Gemeinderat und die zuständige Stelle, dies bei der Umsetzung des Altersleitbilds zu bedenken.

Die GPK beschliesst einstimmig, bei sieben zirkulärmässig Anwesenden, Kenntnisnahme vom Zwischenbericht über die Umsetzung des Altersleitbilds.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte das Thema "Wohnen im Alter", welches in diesem Bericht sehr ausführlich behandelt wird, aufgreifen. Ich reichte im März 2014 einen Vorstoss ein, unter anderem auch mit dem Thema "altersgerechte Wohnungen bereitstellen, dafür sorgen mit Wohnanteilsvorschriften, damit dies in einem ausreichenden Mass passiert." Ich habe im Moment zwei Fragen:

1. Wo stehen wir in der Bearbeitung dieses Vorstosses? Dieser ist nun seit anderthalb Jahren unterwegs, aber noch nicht bis zu uns in den Einwohnerrat auf den Tisch gekommen, damit wir ihn behandeln und allenfalls verbindlich erklären können.
2. Wo stehen wir in der Erarbeitung der Berichte und Analysen, die ich mit diesem Vorstoss forderte, welche selbstverständlich im Kontext der Gesamtüberarbeitung der Bau- und Nutzungsordnung gemacht werden müssen und wahrscheinlich auch gemacht werden?

Meier Obertüfer Jürg: Die Fraktion SP/WettiGrünen nimmt Kenntnis vom vorliegenden Zwischenbericht für die Umsetzung des Altersleitbilds und bedankt sich bei allen Beteiligten für die Ausführungen und natürlich noch viel mehr für die auf der Fachstelle tatsächlich geleistete Arbeit. Mir persönlich ist ein Lamento meiner Eltern noch deutlich in den Ohren. Sie haben sich während fast eines Jahrzehnts über den fehlenden Wohnraum für ältere Personen in ihrer Wohngemeinde beklagt. Sie wären gerne bereit gewesen, ihr Eigenheim an die nächste vierköpfige Familie weiterzugeben. Das Thema "Wohnen im Alter" hat auch im vorliegenden Bericht viel Raum. Gemäss der Fachstelle für Altersfragen besteht eine grosse Nachfrage nach Alterswohnungen in Wettingen, vor allem im mittleren Preissegment, aber auch im Bereich von zentral gelegenen Eigentumswohnungen. Dabei sind gemäss FAF die geplanten Projekte längst nicht ausreichend für ein ausgeglichenes und angepasstes Angebot. Die Gemeinde ist also weiterhin gefordert, den Bau von altersgerechtem Wohnraum zu fördern, z.B. durch Vergabe von Bauland für den Bau von altersgerechten Wohnungen auf privater Ebene. Wir wünschen uns aber auch, dass diese Aspekte im Rahmen der BNO-Revision aufgegriffen und die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie man privaten Erstellern von altersgerechtem Wohnraum entgegenkommen kann, beispielsweise durch einen Bonus bei der

Ausnutzungsziffer oder durch reduzierte Parkplatzerstellungspflicht.

Haas Markus, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Die Fraktion FDP verdankt den umfassenden Zwischenbericht über die Umsetzung des Altersleitbilds. Auch wir sind, wie die GPK, der Meinung, dass das Büro der Fachstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit im EWW-Gebäude am falschen Ort ist und im Rathaus besser platziert wäre. Gut gemacht sind die Vermeidungen von Doppelspurigkeiten wie z.B. mit dem Anbieter von TAXI Aargau. Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Merkli Michael: Wir finden den Zwischenbericht über die Umsetzung des Altersleitbilds hervorragend und sind begeistert, dass wir sogar vom Kanton dafür Bestnoten erhalten.

Ich habe festgestellt, dass wir in Wettingen relativ viele Sitzgelegenheiten haben. Ich habe auch festgestellt, dass wir eine hohe Inflationsrate bei der Neuerstellung von Sitzgruppen haben. Daher sollte man vor der Erstellung weiterer Sitzgelegenheiten überlegen, ob wir diese wirklich benötigen. Man muss sich auch der Unterhaltskosten bewusst sein. Ich habe dieses Thema kürzlich mit zwei Wettingerinnen im Alter von 70 und 75 Jahren besprochen. Sie sagten mir, dass dies kein Problem sei, da man Rollatoren habe, auf welchen man sich hinsetzen könne, wenn man müde sei. Allerdings seien nicht die Sitzbänke das eigentliche Problem, sondern die Schlaglöcher auf den Wegen, die das Vorwärtskommen behindern. Ich bitte daher, dass solche Schlaglöcher auf den Feldwegen ausgeebnet werden.

Suter-Schmid Helen: Die Fraktion EVP/Forum 5430 bedankt sich ebenfalls für den vorliegenden Bericht. Die Fachstelle übernimmt eine gute und wichtige Scharnierfunktion zwischen den Bedürfnissen der älteren Menschen und dem Machbaren in unserer Gemeinde. Die Fachstelle hat auch eine beratende, ebenso eine vernetzende Funktion in der Region. Die Zielrichtung, dass die Generationen einander unterstützen sollen, ist zu begrüßen. Dies haben auch die Generationen vor uns schon so vorgelebt und dieses Bedürfnis ist auch heute noch aktuell.

Betreffend Sitzgelegenheiten möchte ich erwähnen, dass an der Landstrasse Verbesserungspotential vorhanden ist. Ich möchte anregen, dass dort, wo jetzt Bäume fehlen, vorläufig Sitzbänke gesetzt werden, damit der Platz genutzt werden kann, bis die Landstrasse erneuert sein wird.

Wir bedanken uns für den vorliegenden Bericht. Es zeigt, dass die richtige Frau am richtigen Ort tätig ist mit einem Fachwissen, welches unserer älteren Bevölkerung von Nutzen ist und damit auch uns allen.

Benz Thomas: Die Fraktion CVP bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Es ist eine gute Ist-Aufnahme. Wenn man die einzelnen Themen dann angeht, auch die Finanzierung dieser Themen, muss man diese im Detail beurteilen. Es ist ein Thema, das wir auch dauernd mitverfolgen und wir sind gespannt, wie sich dies weiterentwickeln wird. Wir nehmen den Zwischenbericht ebenfalls zur Kenntnis.

Feri Yvonne, Gemeinderätin: Besten Dank für die gute Aufnahme des Zwischenberichts für die Umsetzung des Altersleitbilds. Es freut mich sehr, denn die Fachstelle für Altersfragen hat eine wichtige Funktion in unserer Gemeinde und sie ist bereits sehr gut etabliert.

Betreffend Standort: Es ist auch dem Gemeinderat bewusst, dass der aktuelle Standort nicht sehr ideal ist, aber Sie kennen die Situation unserer Büros. Deshalb ist ein Umzug nicht ganz einfach. Zudem muss die Leiterin der Fachstelle einerseits etwas vom Lauf-

verkehr geschützt werden, andererseits auch in einem Team etwas eingebunden sein.

Betreffend Alterswohnungen: Ob die geplanten Alterswohnungen, welche ja nicht von der Gemeinde geplant sind, sondern von anderen Investoren, ausreichen werden, kann nicht vorhergesagt werden. Die Zahlen des Kantons schwanken immer wieder aufgrund der Veränderungen in der Demographie. Wir hoffen, dass zumindest eines der geplanten Bauprojekte tatsächlich zustande kommen wird. Wir bieten Hand auf allen möglichen Ebenen.

Betreffend Zusammenarbeit in der Verwaltung: Wenn etwas neu entsteht, braucht es entsprechend Zeit, bis die Zusammenarbeit gut funktioniert. Diese hat sich in letzter Zeit schon sehr verbessert. Man kennt Frau Jud mittlerweile auch im Rathaus.

Betreffend Geburtstagsbesuche: Diese benötigen tatsächlich viel Zeit, aber nicht nur von Frau Jud, sondern auch von unserem Gemeindeammann und unserer Frau Vizeammann. Deshalb hat der Gemeinderat dieses Vorgehen vor wenigen Wochen überarbeitet. Dies wird ab 1. Oktober anders laufen. Die Geburtstagsbesuche werden nicht mehr im bisherigen Rahmen durchgeführt, was bei den älteren Personen evt. auch zu etwas Aufruhr führen könnte. Da bin ich auch froh, wenn Sie uns als Gemeinderat unterstützen und den Leuten erklären, dass die Veränderungen in der Demographie auch in der Besuchsregelung zu Änderungen führte.

Betreffend Vorstoss Leo Scherer: Der Vorstoss ist mir momentan nicht präsent, aber ich weiss, dass das Thema Wohnen im Alter in der BNO behandelt wird. Wir können Dir auf Deine Anfrage in den nächsten Tagen gerne noch eine Rückmeldung machen. Aber Deine Vorstösse werden in der Überarbeitung der BNO sicherlich mitberücksichtigt werden.

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Wie die Voten der einzelnen Fraktionen gezeigt haben, ist der Zwischenbericht über die Umsetzung des Altersleitbilds zur Kenntnis genommen worden.

5 Kreditbegehren von Fr. 160'000.00 (inkl. MwSt.) für die Schulraumplanung Wettlingen 2016 - 2030

Bürgler Philipp: Der Einwohnerrat hat das Postulat der Fraktion SP betreffend Schulraumplanung 2013 bis 2028 vom 16. Mai 2013 am 5. September 2013 mit der Begründung überwiesen, dass die Schulraumplanungen in der Vergangenheit einerseits zu spät erfolgten und andererseits als Planungsgrundlage nicht genügen. Der Geschäftsleiter Schule wurde bei seinem Antritt im Januar 2014 beauftragt, sich dem Projekt Schulraumplanung anzunehmen. Im September 2014 wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe bestellt. Diese besteht aus folgenden Personen: Philippe Rey, Gemeinderat, Marcel Aebi, Schulpflege, Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege, Urs Heimgartner, Chef Bau und Planung und Samuel Kern, Geschäftsleiter Schule. Die Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe, mittels Ausschreibung Offerten von mindestens fünf Planungsbüros einzuholen. Dazu wurde ein Leistungskatalog zusammengestellt, bestehend aus einer grundlegenden Fragestellung, wie sie aus den Modulen 1 bis 5 ersehen, einer vertieften Fragestellung - Module 6 bis 10 - und einigen optionalen Punkten - Module 11 bis 14. Mithilfe dieses Leistungskatalogs wurde eine einheitliche Struktur geschaffen, um die Offerten miteinander zu vergleichen.

Von den acht angefragten Planungsbüros reichten vier fristgerecht ihre Offerten ein, welche anhand von vordefinierten Kriterien bewertet wurden. Aus den Offerten wurde

nicht die günstigste Planung gewählt, sondern diejenige, welche das grösste Preis-Leistungsverhältnis für Wettingen bringt. Bei genauer Betrachtung dieser Offerte scheint es wirklich das beste Angebot zu sein.

Die Finanzkommission hat die Vorlage im Detail besprochen und eingehend diskutiert und stellt einen Kürzungsantrag von Fr. 53'000.00. Die Kürzung beinhaltet eine Reduktion des Moduls 9 auf Fr. 18'800.00 für die Realisierung von drei Machbarkeitsstudien sowie die Kürzung der Module 10 bis 14, da diese entweder bei einem gerechtfertigten späteren Bedarf oder durch Eigenleistungen erbracht werden können.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat mit 5 Ja zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen bei 7 Anwesenden, das Kreditbegehren von Fr. 160'000.00 (inkl. MwSt.) für die Erstellung der Schulraumplanung 2016 - 2030 auf Fr. 107'000.00 zu reduzieren, um die Realisierung bis Mitte Modul 9 zu ermöglichen.

Czerwenka Holger: Vielleicht habt Ihr Euch auch schon gefragt, was der Unterschied zwischen einem Zitronenfalter und einem Schulleiter ist. Ein Schulleiter kann die Schule auch nicht leiten, wie auch ein Zitronenfalter keine Zitrone falten kann.

Wir haben dem Geschäftsleiter Schule einen Auftrag erteilt. Wir haben opponiert, vielleicht von einer eher rechten Seite, die Schulplanung wäre nicht adäquat und man müsse etwas unternehmen. Zwischenzeitlich haben wir LOVA 2 beschlossen, wo es mehr zu sparen gibt als die Beträge, die jetzt von der Finanzkommission verlangt werden.

Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist einstimmig der Meinung, dass sie das Kreditbegehren wie vom Gemeinderat vorgeschlagen unterstützt und lehnt den Kürzungsantrag der Finanzkommission ab. Es gäbe vielleicht einige Punkte, über die man diskutieren könnte, beispielsweise das Modul 9, Herabsetzung auf Fr. 18'800.00. Aber das Ganze per se abzuschmettern, unterstützen wir nicht. Ich möchte dem Schulleiter die Möglichkeit geben, dass er die Schule leiten kann und somit dem Zitronenfalter gegenüber einen Vorteil hat.

Lüscher Patrick: Eine Schulraumplanung erst nach der Aufstockung der Schulhäuser Margeläcker und dem Neubau Zehntenhof vorzunehmen, ist wohl nicht nur unserer Fraktion etwas komisch vorgekommen. Auch ist klar, dass Fr. 160'000.00 beziehungsweise Fr. 107'000.00 in der momentanen Situation sehr viel Geld ist.

Folgende wichtige Gründe sprechen aber für die Schulraumplanung: Die Erstellung einer professionellen Schulraumplanung ist eine Investition, um in der Zukunft Geld zu sparen, damit wir nicht in 10 oder 20 Jahren böse Überraschungen erleben und früh genug geeignete Massnahmen einleiten können.

Der Antrag der Finanzkommission ist ein ausgewogener Kompromissvorschlag, welcher die wichtigsten Aspekte im nötigen Ausmass zufriedenstellend abdeckt.

Betreffend der variierenden Schülerzahl: Die Schulraumplanung wird als Excel-Datei erstellt, das heisst, es können auch fortlaufende Änderungen, was die Schülerzahlen anbelangt, vorgenommen werden. Das Tool kann deshalb für längere Zeit verwendet werden.

Die Fraktion CVP unterstützt den Antrag der Finanzkommission einstimmig.

Scherer Sylvia: Die Fraktion SVP hat eingehend und lange über dieses Kreditbegehren diskutiert, vor allem, da die Bildung ein sehr wichtiger Grundstein ist und in einem

besonderen Masse über die Lebenschancen entscheidet. Jedoch werden wir einen Rückweisungsantrag einreichen.

Es liegt uns ein Kreditbegehren für die Schulraumplanung bis ins Jahr 2030 vor, das heisst über mehr als 10 Jahre. Eine solch lange Planung im Voraus erscheint uns nicht realistisch. Eine Entwicklung über diese lange Zeitdauer ist absolut nicht eruiert- oder abschätzbar, sei es bei den Zu- oder Abwanderungen, aber auch bei eventuellen Umstellungen des Schulsystems, wie beispielsweise der Einführung einer Tagesschule. Eine Entwicklungsdauer bzw. eine Planung über 2 bis 5 Jahre wäre effektiver und eine solche Planung sollte von der Schulpflege gemeinsam mit dem Gemeinderat, dem Schulsekretär und dem Geschäftsstellenleiter sowie der Abteilung Bau und Planung weitgehend möglich sein. Wir haben das Vertrauen in die versierte Arbeit dieser Vertreter. Gleichzeitig erscheint uns der jetzige Zeitpunkt nicht wirklich optimal gewählt. Die in den Vorjahren projektierten Neubauten, Sanierungen und Erweiterungen von Schulhäusern wurden erst kürzlich abgeschlossen oder befinden sich noch immer in der Realisierungsphase. Auch findet der Informationsabend bezüglich Schule leider erst am 14. September 2015 statt. Es wäre von Vorteil gewesen, wenn dieser Anlass vor der Einwohnerratssitzung stattgefunden hätte. Auch fragen wir uns, welche Folgekosten sich aus dem Ergebnis dieser Schulraumplanung ergeben.

Die Fraktion SVP hat sich deshalb entschlossen, einen Rückweisungsantrag einzureichen und erwartet eine Überarbeitung dieses Kreditbegehrens und eine Prüfung der nötigen Module bzw. eine starke Reduzierung der Unterstützung durch Drittpersonen.

Pauli Christian: Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass das Kreditbegehren betreffend Schulraumplanung eine gute Sache ist. Jahrelang hatten wir uns gewünscht, dass diese Planung schnell kommt und es vorwärts geht, weil man immer im Rückstand war. Wir sind aber sehr erschrocken über die Kosten, weil bis vor ein paar Jahren hatten die Schulleiter und der Sekretär die Schulraumplanung durchgeführt, welche eigentlich immer bis auf +/- 20 Schüler stimmte. Man war einfach immer zu spät, aber die Planung war korrekt. Daher erscheint uns der Betrag von Fr. 160'000.00 etwas hoch. Wir sind sehr froh, dass die Finanzkommission dieses Geschäft genau untersucht hat und die Kürzungen vorschlägt. Wir von der Fraktion FDP werden den Antrag der Finanzkommission unterstützen.

Wir haben eine Schulpflege und den Geschäftsleiter, Samuel Kern, der seinen Job gut macht, doch frage ich mich, was ist denn die Aufgabe der Schulpflege? Als die Stelle von Samuel Kern bewilligt wurde, hiess es im Vorfeld, die Schulpflege gebe es in einigen Jahren nicht mehr oder sie werde reduziert. Da man jetzt für die Schulraumplanung zusätzlich noch so viel Geld ausgibt, denke ich, dass man die Schulpflege einmal intensiv hinterfragen sollte. Wer macht was? Wie viel Aufwand haben die Mitglieder der Schulpflege noch? Welche Ressorts braucht es noch in der Schulpflege, in Anbetracht des Geschäftsleiters Schule, welcher der Schulpflege bereits heute viele Arbeiten abnimmt oder sie unterstützt? - Die Fraktion FDP will dies genauer unter die Lupe nehmen und dazu einen Vorstoss einreichen.

Palit Orun: Die Fraktion GLP wird das Kreditbegehren nicht vollumfänglich unterstützen, obwohl uns die Bildung sehr wichtig ist und Wettingen bekannt ist für die gute Infrastruktur der Schulen. Die Reihenfolge finden wir auch etwas komisch. Zuerst werden die Schulhäuser Zehntenhof und Margeläcker geplant, gebaut und erweitert. Die Schulführung, Schulleitung und Schulpflege wurden umstrukturiert und jetzt kommt die Schulraumplanung für die Zukunft. Eigentlich sind ja schon 3/4 der Projekte realisiert oder im Realisierungsstadium.

Wir werden deshalb den Antrag der Finanzkommission unterstützen. Wir sind überzeugt, dass nicht alles bis ins Jahr 2030 geplant und prognostiziert werden und die jetzige professionelle Schulführung und Schulleitung vieles auch selber erarbeiten kann. Vor allem die vorgeschlagenen optionalen Module 11 bis 14 und das Modul 10 bezüglich der Wirtschaftlichkeit kommen wahrscheinlich erst nach 2025 in Betracht. Wenn Wettingen vor 2025 ein neues Schulhaus benötigen würde, dann wäre in der Vergangenheit bezüglich Schulraumplanung vieles schief gelaufen.

Lamprecht Kristin: Seit Mai 2008 wohne ich in Wettingen. Ich habe also das Ende des Ausbaus des Schulhauses Altenburg noch miterlebt. Das Schulhaus, das mittlerweile schon fast wieder zu klein wird. Ich habe erlebt, wie man im Altenburg Kindergärten in Containern eingerichtet hat, weil man leider keine andere Möglichkeit hatte, der Kinderschar in anderer Form Herr zu werden. Ich muss ehrlich gestehen, ich hatte mich damals gefragt, wie da geplant wurde.

Es ging dann weiter, sie können sich sicher noch an das Jahr 2013 und den Aufstand der empörten Eltern betreffend Mittelstufenzentrum erinnern. Aufrufe aus der Bevölkerung, den Zehntenhof nun doch nicht zu bauen. Aufrufe von der Schule, dass sie die Kinder ja nicht alle zwischenlagern können, weil kein Schulhaus gebaut wurde. Schulraumplanung in Wettingen, zumindest so wie ich sie erlebt habe, war keine Ganzleistung. Deshalb finde ich es um so wichtiger, dass man in der Zukunft nicht wieder die gleichen Fehler macht. Ich glaube nicht, dass es reicht, wenn man Schulhäuser zwei Jahre im Voraus plant. Da muss man etwas weiter vorausschauen.

Die Fraktion SP/WettiGrünen hat damals den Vorstoss eingereicht, als gerade alles wunderbar am Kochen war. Man möge doch die Schulraumplanung auf professionelle Füsse stellen und ich denke, man hat das auch getan, um die Bevölkerung mitnehmen zu können, um jederzeit in der Lage zu sein, die Fakten darzulegen und zu begründen, wie es in der Zukunft aussehen wird. Und gerade weil es so wichtig ist, dass wir die Bevölkerung mitnehmen, finde ich, jetzt zu sagen, wir verzichten auf Kommunikation und wir verzichten auf all das, was den Mehrwert hinterher ausmacht, schon etwas verwegen.

Die Fraktion SP/WettiGrünen unterstützt das Kreditbegehren vollumfänglich und ich denke, man würde sich, wenn man der Kürzung nachkommt, um ganz wichtige Früchte der ganzen Sache bringen. Ich weiss ja nicht, wie gerne sie wieder 10-seitige Elternbriefe lesen von aufgetragenen Eltern, weil man nicht versteht, was da jetzt gerade passiert.

Suter-Schmid Helen: Eine Planung und Umsetzung eines Schulhausbaus benötigt etwa 10 Jahre, das ist nicht nur in Wettingen so, es braucht einfach so viel Zeit, bis die Kinder einziehen können. Das heisst, die Planung und der Ausbau der Schulhäuser Margeläcker und der Neubau des Zehntenhofs basieren auf den Schülerzahlen, die man damals hatte. Während dieser Planung und Umsetzung bekamen wir vom Kanton die Meldung, dass Wettingen um eine bestimmte Anzahl Einwohner wachsen wird. Man konnte auch beobachten, wie in der Gemeinde gebaut wurde. Das alles lief ziemlich parallel und man erkannte schon bald, dass die Planungen vom Margeläcker und vom Zehntenhof auf den Schülerzahlen basierten, von welchen wir in Wettingen Kenntnis hatten. Es geht ziemlich genau 5 Jahre, von der Geburt bis die Kinder im Kindergarten eingeschult werden. Deshalb musste es auch so schnell gehen mit den Pavillons für den Kindergarten. Aber überall Pavillons aufzustellen, da sind wir uns alle einig, das ist eine teure Sache und bringt nichts. Deshalb braucht es jetzt Fachleute, die das Ganze aus der Helikoptersicht anschauen.

Die Schulpflege hatte zusammen mit der Schulleitung und dem damaligen Schulsekre-

tär gute Arbeit geleistet. Man investierte viel Zeit in diese Planungen, in der Meinung, dass der Schulraum genügen würde. Die meisten von uns können sich noch erinnern, wie immer wieder gekürzt wurde und es hiess, dieses und jenes Schulzimmer würde es nicht brauchen und trotzdem konnten wir durchsetzen, dass es so gebaut wurde, wie wir es jetzt haben. Aber immer nur den nächsten Schritt mitzudenken, dafür ist einfach nicht die richtige Zeit. Es braucht jetzt Fachleute, die das genau anschauen und professionelle Berechnungen durchführen. - Wir unterstützen den Kreditantrag vollumfänglich.

Bürgler Philipp: Beim Antrag der Finanzkommission handelt es sich nicht um eine Kompromisslösung. Man hat einen Ferrari erhalten und entnimmt dem nun, was man wirklich braucht. Eine Abweichungsanalyse, aus welcher man genau sieht, wo wieviel Schulraum nötig ist und eine Machbarkeitsanalyse. Der Gemeinderat hat eine klare Strategie. Sofern man jetzt feststellen sollte, dass noch Handlungsbedarf vorhanden ist, kann man in den definierten Bereichen eine Machbarkeitsanalyse durchführen.

Wir haben sehr kompetente Leute im Gemeinderat und in der Geschäftsleitung Schule. Ich denke nicht, dass sie eine Unterstützung benötigen bei einem Schreiben oder bei politischen Prozessen, die weitergeführt werden müssen. Es ist klar ihre Aufgabe und diese können sie selber erledigen und werden es gut machen. In der Vergangenheit war dies vielleicht nicht immer der Fall, aber es ist ganz sicher nicht etwas, das von externen Leuten für viel Geld unterstützt werden muss.

Merkli Michael: Ich war der Meinung, dass die Schulpflege für die Schulraumplanung zuständig ist. Ich gehe davon aus, dass die Schulpflege damals dachte, dass die Abstimmung betreffend 6 Jahre Primarschule/3 Jahre Oberstufe abgelehnt wird, so dass sich eine weitere Planung erübrigen würde.

Das Aargauer Volk hatte schon in früheren Jahren die Umstellung vom Schuljahresbeginn Frühling auf Sommer zwei bis drei Mal abgelehnt. Erst auf Druck des Bundes stimmte der Kanton Aargau zu. Die Schulpflege ging demzufolge aufgrund der früheren konservativen Entscheide des Kantons wahrscheinlich davon aus, dass auch die Umstellung von 5/4 auf 6/3 abgelehnt wird.

Wir hatten nicht die Möglichkeiten wie die Gemeinde Ennetbaden sie hatte. Ennetbaden entschied sich, Schulraum zu bauen, aber sie waren flexibel. Bei einer Nichtannahme des Schulsystem-Wechsels wären die Räume einfach anderweitig durch die Gemeinde genutzt worden.

Ich unterstütze den Antrag der Finanzkommission. Ich war jedoch auch überrascht, dass wir heute über etwas entscheiden, worüber wir am kommenden Montag informiert werden. Ich hoffe, dass in dieser Schulraumplanung verschiedene Gegebenheiten berücksichtigt werden, z.B. dass wir in Wettingen einen höheren Altersdurchschnitt haben als andere Gemeinden. Ich gehe davon aus, dass eine künftige Zuwanderung eher aus älteren Mitbewohnern bestehen wird. Dies wurde auch im Zwischenbericht zum Altersleitbild beschrieben. Ich hoffe, dass diese Prognose einberechnet wird, damit wir am Schluss nicht zu viel Schulraum haben. Die Planung bis 2030 finde ich auch zu lange. Wir wissen nicht, wie sich die Zu- und Wegzüge entwickeln werden. Auch die Wirtschaftslage spielt eine Rolle. Es gibt verschiedene Bereiche, die sehr schwer vorhersehbar sind.

Burger Alain: Ich habe in den vorhergehenden Voten gehört, dass die Schulraumplanung durch die Schulpflege erstellt werden soll. Ohne professionelle Leitung geht das aber nicht. Wir bauen Schulhäuser für Millionen von Franken, die wahrscheinlich jetzt schon wieder zu klein sind. Wie erklären wir das dem Volk, wenn wir schon bald wieder

ein neues Schulhaus bauen müssen? Wir müssen die Schulraumplanung jetzt in externe Hände geben, das ist wirklich unbestritten. Der Fraktion SP/WettiGrünen ist eine professionelle Planung wichtig. Dies kann nicht durch die Schulpflege erfolgen, da müssen wir uns der Realität stellen.

Uns ist wichtig, dass wir das ganze Paket erhalten. Wir denken an Schulraum, Schulzimmer, aber Schule ist heute viel mehr. Schulraumplanung fängt bei der Turnhallenfrage an. Das ist das Nadelöhr, durch welches alle Klassen müssen. Wenn man einen Stundenplan erstellt, fängt man bei den Turnstunden an. Die Schulanlagen benötigen auch einen Pausenplatz. Der Bedarf an Tagesstrukturen wird immer grösser. Diese streichen wir nun einfach mal und sie werden dann später eingeplant, in Schulräumen, die wahrscheinlich jetzt schon zu klein sind. Dies sollte auch berücksichtigt werden und das erhalten wir nur, wenn wir das ganze Paket nehmen. In einem Jahr werden wir sonst wieder hier stehen und einen Zusatzkredit benötigen, was dann wahrscheinlich teurer wird.

Es wird viel über Schulqualität geschrieben. Das ist nicht nur eine Frage des Betons, der Gebäude, der Container, sondern Schulqualität hängt vom Personal ab und den Möglichkeiten, welche man den Schulen gibt. Das werden wir dann vor allem in der Budgetdiskussion genau ansehen. Das Personal in den Schulen sind nicht nur die Lehrkräfte, es sind Schulsozialarbeiter, Schulleitung, Hauswart usw. Es sind ganz viele Leute, welche an diesem einzigartigen Unternehmen für die Menschheit mitarbeiten und ich finde, wir sparen hier definitiv am falschen Ort.

Betreffend Planungszeitraum: Schulraumplanung bedeutet nicht, dass man für das Jahr 2030 genau sagen kann, wie viele Schüler dieses oder jenes Schulhaus besuchen werden, aber es ermöglicht Visionen. Ich denke, dies würde unserer Gemeinde nicht so schlecht stehen. Vielleicht kann man Schule auch anders denken. Das ist dringend nötig und ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen und dem Gesamtpaket zuzustimmen.

Scherer Kleiner Leo: Es wurde erwähnt, es sei der falsche Zeitpunkt, jetzt mit der Planung zu beginnen, wenn die neuen Schulhäuser noch nicht einmal fertig gebaut seien. Seit 1980 haben wir das Raumplanungsgesetz, welches bestimmt, dass die Planung gemacht werden muss und welches sagt, dass der Planungshorizont 10 bis 15 Jahre beträgt. Schon zuvor hatte man mit dem kantonalen Baugesetz Planungen gemacht mit den gleichen Zeithorizonten. Ich möchte Euch einladen, Euch Richtung Gegenwart zu bewegen und bei uns anzukommen. Es ist doch ohne weiteres möglich, aus dem Stand heute einen Blick 15 Jahre voraus zu werfen. Dies heisst nicht, dass wir heute sagen können, was wir in 15 Jahren genau benötigen. Es bedeutet, dass wir uns ein möglichst genaues Bild machen können, wie die Entwicklungsdynamik sein könnte. Dies fehlte in den letzten 15 bis 25 Jahren. Ich als Amtsältester im Einwohnerrat habe schon mehrere Schulraumdebatten in diesem Raum erlebt und es war immer dasselbe. Uns wurde ein Geschäft vorgelegt, bei dem man nicht wusste, wie weit in die Zukunft dieses Bestand hat, weil eine Planungsgrundlage, welche die diversen Faktoren enthält, schlicht nicht vorhanden war.

Es wurde gesagt, die Schulpflege sei für die Entwicklung der Schulraumplanung zuständig. Die Schulpflege ist gemeinsam mit dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat auch zuständig, den Schulraum bereit zu stellen. D.h. aber nicht, dass sie selber den Pickel in die Hand nimmt, in den Bagger sitzt und den Beton mischt. Dieser Auftrag wird extern vergeben. Genau das gleiche muss mit der Schulraumplanung gemacht werden. Wir erwarten von der Schulpflege auch nicht, dass sie die Architekturprojekte für die Schulhäuser selber erstellt. Ohne den Mitgliedern der Schulpflege zu nahe zu treten steht fest, dass sie in der Regel nicht über die nötige Fachlichkeit verfügen. Da-

für gibt es Planungsfachleute. Weshalb sollen wir in dieser Gemeinde nicht ein erstes Mal davon profitieren? Wir befinden uns in der dynamischen Achse Zürich-Limmattal. Es ist klar, dass hier auch in den nächsten 15 Jahren einiges passieren wird. Es ist viel sinnvoller, die Fachleute mit der Schulraumplanung zu beauftragen als nach Hosensack-Methode zu entscheiden. Ich weiss, dass die Fachleute mit ihren Prognosen auch nicht immer richtig liegen, aber in der Regel liegen sie nicht falscher als diejenigen, die es hobbymässig machen. Bitte lesen Sie die Vorlage genau. Es ist nicht eine Übung, die jetzt gemacht wird und danach ist es für 15 Jahre erledigt. Man legt jetzt die Grundlage, damit man endlich über ein Fundament für die Planung verfügt. Anschliessend muss dies selbstverständlich periodisch aktualisiert werden. Das bedeutet, dass man in 10 Jahren näher beim Endpunkt sein wird und deutlich genauere Informationen haben wird, was im Jahr 2030 sein wird. Dann wird man sinnvollerweise schon wieder bis 2045 schauen. Der Scheinwerfer muss immer so eingestellt bleiben, dass man in die Ferne sieht, mindestens die Konturen, wenn auch noch nicht jedes Detail.

Zum Thema Ferrari: Die gemeinderätliche Vorlage ist kein Ferrari. Ihr konntet sehen, dass es auch eine Variante gegeben hätte, die noch deutlich teurer zu stehen gekommen wäre. Darauf wurde aber bewusst verzichtet. Ich finde es höchst bedauerlich, wenn man jetzt die Fr. 53'000.00 wegstreicht. Das bedeutet aber nicht, dass wir diesen Betrag nicht doch ausgeben werden. Das heisst es eben leider nicht, sondern es wird darauf hinaus laufen, dass, wenn die Arbeiten, die wir jetzt wegstreichen, gemacht werden müssen, diese teurer bezahlt werden, weil diese dann von einer neuen Person erledigt werden müssen, welche noch nicht eingearbeitet ist, welche es nicht in einem Guss und in einem Arbeitszug erledigen kann. Aber leider kann man Unvernunft nicht verbieten.

Läng Hanna: Es wurde zwei Mal erwähnt, dass die Schulpflege nicht informiert habe, dass die Informationsveranstaltung erst nächste Woche stattfinden werde. Ich möchte berichten: Am nächsten Montag geht es nicht um die Schulraumplanung, sondern um eine Information über das Schulprogramm. Leider hat sich noch fast niemand angemeldet. Das Interesse an der Schule scheint riesengross zu sein. Jetzt reden wir alle grossartig darüber, was die Schulpflege nicht macht und machen sollte. Ich bitte Euch, an der Veranstaltung vom kommenden Montag teilzunehmen. Ich erwarte nach dem heutigen Abend einen grossen Andrang. Kommen Sie vorbei und holen Sie die Informationen ab, was wir in der Schule machen, was die Schulpflege macht, was wir im letzten Jahr erarbeitet haben, welche Perspektiven wir haben. Vielleicht werden Sie noch staunen.

Benz Thomas: Wir haben beim Modul 3 verschiedene Angaben. Dort geht es darum, dass die Schulbauten aufgenommen und visualisiert werden. Dazu haben wir die Aussage der Schulpflege, dass die Pläne, alle Unterlagen und die Excel-Tabelle zur Nutzung dabei seien. Von der Finanzkommission, welche das Geschäft geprüft hat, liegt die Rückmeldung vor, dass dem nicht so sei. Sofern die Finanzkommission Recht hat, möchte ich wissen, was dies beim Modul noch zusätzlich kosten würde.

Merkli Michael: Nach dem Votum von Leo Scherer kippe ich immer mehr zur Meinung der SVP. Leo Scherer sagte, die Professionellen könnten es nicht viel besser als die Laien. Da frage ich mich, weshalb sollen wir dann dafür zahlen, wenn es die Fachleute nicht besser können als unsere Schulpflege?

Rey Philippe, Gemeinderat: Bei der Schulraumplanung handelt es sich um ein wichtiges Thema. Eigentlich bedaure ich, dass es von der linken Seite angestossen wurde, denn es ist grundsätzlich eine Angelegenheit der Rechten. Es geht dabei um Added Value. Wenn wir eine professionelle Planung haben, sparen wir langfristig Geld. Deshalb kann ich die Argumente mit Ferrari, Betonmischer, Helikopter und sonstigen Ge-

fährten nicht nachvollziehen. Es ist ein wichtiges Geschäft und es geht um Added Value. Dies besteht darin, dass wir versuchen, ab jetzt 15 Jahre zu planen.

Gerade in der momentanen Situation drängt es sich auf, eine Schulraumplanung vorzunehmen. Es war noch nie so wichtig wie jetzt, dass eine solche gemacht wird, da wir jetzt weniger Geld haben. Das vorhandene Geld wollen wir sinnvollerweise so einsetzen, dass es optimal und effizient für unsere Bildung gebraucht werden kann. Auch dies ist ein Punkt, der in die Richtung Added Value zielt.

Innerhalb von drei Monaten haben 2.3 % mehr Schülerinnen und Schüler den Weg nach Wettingen gefunden. Das sind 60 Kinder. Früher hat der Schulsekretär die Geburten gezählt, um herauszufinden, wie viele Kindergartenplätze in ca. 6 Jahren angeboten werden müssen. Das war die ganze Planung. Mehr war aufgrund der Unterlagen auch nicht möglich. Mehr hat man auch nicht gebraucht. Aber heute haben wir 800 bis 1000 Personen, die zu- und wegziehen. Wir hier im Saal können nicht sagen, ob es ältere oder jüngere Leute oder Familien sein werden. Dabei spielen sehr viele Faktoren eine Rolle, so dass es eine Professionalisierung braucht, um dies zu messen und Tools zu entwickeln, um eine Planung für die nächsten 15 Jahre machen zu können.

Ich wiederhole: 2.3 % innerhalb von drei Monaten. Das gab es noch nie, aber es ist möglich. Wenn man dies in die Tools integrieren und planen kann, kann man steuern, dass man nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig Schulraum baut.

Ein anderes Beispiel ist das Schulhaus Zehntenhof. Ich habe schon die Aussage gehört, dies reiche für immer und ewig. Das ist aber nicht der Fall. Wir sind bereits jetzt am Überlegen, ob wir Ihnen im Jahr 2018 einen Nachtragskredit unterbreiten müssen, da die Schülerzahlen so sehr wachsen, dass die geplanten Schulräume bereits ausgereizt sind. Wir planen bereits jetzt Schulzimmer im Keller des Schulhauses Zehntenhof, welches noch nicht einmal fertig gebaut ist. Hätten wir vor zehn Jahren über eine Schulraumplanung verfügt, wäre dies nicht passiert. Es war nie wichtiger, besser und sinnvoller als heute, eine Schulraumplanung zu haben.

Es wurde erwähnt, dass Drittpersonen die Schulraumplanung machen können. Das stimmt, aber die sind genau so wenig gratis wie eine professionelle Firma. Diese Drittperson sitzt unter anderem in der Person von Samuel Kern im Saal. Aber er arbeitet auch nicht gratis. Er ist ein Profi, der die Schulraumplanung machen könnte, aber dann kann er seine übrigen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Wir können nicht Energie generieren aus nichts. Wenn es die professionelle Firma nicht macht, die wir sorgfältig evaluiert haben, muss es jemand anders machen, der genau so wenig gratis ist. Wir sparen gar nichts, wenn wir meinen, wir könnten an den Fr. 160'000.00 herumschrauben. Dann kostet es an einem anderen Ort. Gratis war eine Planung noch nie. Als Vergleich ist noch anzufügen, dass die Schulraumplanung in Baden Fr. 250'000.00 gekostet hat. Eine langfristige Planung ist sinnvoll und wichtig. Ich empfehle Ihnen, für den gemeinderätlichen Antrag zu stimmen.

Kern Samuel: Ich wurde darauf angesprochen, was wir für die angebotene Dienstleistung erhalten würden. Wir erhalten ein Tool, welches auf der einen Seite aus einer Standard-Software auf Excel-Basis und auf der anderen Seite auf Beratung basiert. Wir haben anschliessend ein Arbeitsmittel und ein Know-How. Wenn wir dies einmal haben, sind wir in der Lage, dies weiter zu bearbeiten. Es ist eine Software, welche Daten von Wettingen enthält, die man weiter pflegen kann. Was dann aber fehlt, ist ein gelegentliches Update mit den neusten Zahlen (Bundesamt für Statistik, Szenarien betreffend Bevölkerungswachstum, regionale Wachstumsprognose, Siedlungsentwicklung). Das Arbeitstool und das Know-How gehören anschliessend der Gemeinde. Es ist die

Meinung, dass wir spätestens nach der Sitzung mit der Arbeitsgruppe Schulraumplanung am 13. Oktober 2015 mit der Arbeit beginnen werden. Die Analyse wird in ca. einem halben Jahr abgeschlossen sein. Rund in einem Jahr bis spätestens Ende 2016 wird Ihnen der Bericht vorliegen.

Zur Visualisierung: Wir hatten vier Unternehmungen, die ihre Leistungen offeriert hatten. Alle gingen davon aus, dass wir über CAD-Pläne verfügen. Dies ist aber nicht überall der Fall. Die Qualität dieser Visualisierung hängt nicht so sehr von der Firma ab, sondern davon, was wir der Firma liefern. Wenn die Pläne nur auf Papier vorhanden sind, werden diese kopiert, ein PDF daraus gemacht und es wird als Visualisierung in die Dokumentation einfließen. Dies ist nicht die gleiche Qualität wie auf der Basis von CAD-Plänen, wo die Vermessung usw. enthalten ist. Wir haben in jedem Fall eine Visualisierung, das wurde mit der ausgewählten Unternehmung abgesprochen, aber die Qualität wird je nach Schulhaus unterschiedlich sein. Je neuer das Schulhaus, je eher sind CAD-Pläne vorhanden. Die Excel-Dateien mit der Erfassung der Schulräume werden neu gemacht und durch die ausgewählte Unternehmung erarbeitet.

Ich möchte mich noch zu meinen Fähigkeiten äussern: Ich kann rechnen wie sie alle auch. Ich bin zur Schule gegangen. Wir sind alle Spezialisten, wenn es um das Thema Schule geht. Ich kann Prognosen lesen, doch diese sind manchmal verwirrend. Das Bundesamt für Statistik hat drei Prognosen gemacht. Das erste Szenario für Bevölkerungswachstum haben wir bereits eingeholt. Dieses lag bezogen auf das Jahr 2050 noch unter 8 Millionen Einwohnern. Das zweite Szenario liegt bei 9 Millionen, das dritte Szenario bei 11.5 Millionen Einwohnern. Das letzte ist wahrscheinlich das Realistischste. Wir arbeiten hier in einem Bereich, wo es zwar Szenarien, Prognosen und Entwicklungsvermutungen gibt. Dies muss alles in einem Modell erfasst werden. Es wird nicht eine richtige Zahl geben, sondern die Zahlen werden dauerhaft immer wieder den neusten Entwicklungen angepasst werden müssen.

Die Wachstumsregionen sind Zürich und Basel. Der Kanton Aargau dazwischen hat ein voraussichtliches Wachstum bis ins Jahr 2035 von 19 %. Spannend ist jedoch, dass die Zahlen unterschiedlich sind. Es gibt eine Verdoppelung der über 65 Jährigen und bei den Kindern ist das Wachstum auch grösser als im mittleren Bereich. Wir haben bei den Aargauer Schulkindern in den nächsten 10 Jahren ein Wachstum von über 10 %, für die darauf folgenden 10 Jahre von 7 % über den ganzen Aargau gesehen. Wenn man es aber speziell für die Wachstumsregionen anschaut, kommt es wieder darauf an, welches Siedlungsgebiet überhaupt Baulandreserven hat. Dabei ist Wettingen wahrscheinlich bei denjenigen Gemeinden, wo das Wachstum sehr viel höher ausfallen wird als im Durchschnitt. Es ist schwierig, über den Daumen gepeilt die notwendigen Unterlagen zu produzieren und es übersteigt schlussendlich auch meine Möglichkeiten. Ich kann zwar die vorhandenen Zahlen zusammenzählen, aber ob das eine realistische Prognose ergibt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abstimmungen

Rückweisungsantrag SVP

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 12 Ja zu 37 Nein, bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Finanzkommission: Reduzierung des Kreditbegehrens auf Fr. 107'000.00.

Dem Antrag der Finanzkommission wird mit 32 Ja-Stimmen gegenüber dem Antrag des Gemeinderats mit 15 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst mit 47:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 107'000.00 (inkl. MwSt.) für die Erstellung der Schulraumplanung 2016-2030 wird genehmigt.

6 **Kreditabrechnung von Fr. 4'776'861.30 (inkl. MwSt.) für den Bau bzw. die Sanierung von zwei Kreiselanlagen sowie die Sanierung der Landstrasse, Teilstück Staffel-/Alberich Zwyszigstrasse**

Baumann Jürg: Im November 2003 hat der Einwohnerrat einen Kredit von Fr. 6'573'400.00 für den Bau bzw. die Sanierung der zwei Kreiselanlagen, Rabenkreisel und Weinkreisel, inkl. Sanierung des Teilstücks Landstrasse zwischen den beiden Kreiseln bewilligt. Der Anteil der Gemeinde wurde auf Fr. 4'779'400.00 veranschlagt. Die Stimmbürger hatten am 8. Februar 2004 dieser Vorlage zugestimmt. Die erste Vorlage von über 7 Millionen Franken wurde im Juni 2002 vom Volk abgelehnt. Da es sich um eine Kantonsstrasse handelt, lag die Federführung beim Kanton. Auch die Verteilung der Kosten ist kantonal geregelt.

Die Vorarbeiten begannen im April 2005. Im Sommer 2005 wurde das gesamte Bauvorhaben gestartet und die Landstrasse war in diesem Bereich während drei Monaten für jeglichen Verkehr komplett gesperrt. Somit hatte die Bauunternehmung die ganze Strasse zur Verfügung. Diese konzentrierte Bauweise wurde in Wettingen das erste Mal angewandt. Die Bauzeit dauerte nur drei Monate. Dadurch hielten sich auch die Umsatzeinbussen der Ladengeschäfte in diesem Bereich der Landstrasse in Grenzen.

Die Kostenabweichung gegenüber der Kreditvorlage lässt sich wie folgt begründen: Durch die konzentrierte Bauweise, d.h. Vollsperrung des zu bearbeitenden Perimeters, konnten die Arbeiten relativ günstig vergeben werden, da es sich auch um ein Prestige-Objekt gehandelt hat. Die Beleuchtung dieses Teilabschnitts wurde, wie damals üblich, über das EWW abgerechnet. Die Hausanschlüsse Kanalisationen waren auch in diesem Kreditbegehren enthalten. Diese konnten gemäss Reglement den Hauseigentümern verrechnet werden. Dies führte zu Einsparungen von rund Fr. 330'000.00. Durch die Vollsperrung der Landstrasse wurde auch die rückwärtige Erschliessung hinfällig, was zu einer Kosteneinsparung von Fr. 108'000.00 führte.

Mehrkosten sind entstanden bei der Anpassung der Anschlüsse Staffelstrasse und Alberich Zwyszigstrasse Nord. Dort mussten längere Strecken des Strassenkörpers vom Kreisel her saniert werden. Die dafür entstandenen Kosten von Fr. 130'000.00 wurden vollumfänglich der Gemeinde belastet. Die Vergrößerung des Perimeters Landstrasse 102 - 108 haben Erweiterungen des Kanalisationsnetzes ausgelöst, was ebenfalls zu Mehrkosten von rund Fr. 168'000.00 führte.

Trotz all dieser Mehrkosten konnte der Kostenvoranschlag für die Gemeinde eingehalten werden. Das ursprüngliche Gestaltungskonzept des Kreisels an der Alberich Zwyszigstrasse musste ebenfalls angepasst werden, da die Bevölkerung kein Verständnis dafür hatte, dass dort nur eine Blumenbepflanzung vorgesehen war. Dies führte zu Mehrkosten von Fr. 34'000.00.

Die effektiven Kosten, welche die Gemeinde bei diesem Projekt zu tragen hatte, belau-

fen sich auf Fr. 3'525'811.35, was eine Unterschreitung zugunsten der Einwohnergemeinde von Fr. 1'253'588.60 bedeutet.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig bei 7 Anwesenden, die Kreditabrechnung für den Bau bzw. die Sanierung von zwei Kreiselanlagen sowie die Sanierung der Landstrasse, Teilstück Staffelstrasse/Alberich Zwyszigstrasse, im Betrag von Fr. 4'776'861.30 zu genehmigen.

Egloff Martin: Auf das Risiko hin, dass ich mich zu solchen Kreditabrechnungen wiederhole: Die Fraktion FDP ist sehr erfreut, wenn Kredite unterschritten werden. In diesem Fall sind es 27,3 %. Mir kommt es vor, als arbeite man nach dem Motto: "Wir bauen eine Strasse. Es kostet am Schluss so viel wie es kostet." Wir haben vorhin über eine professionelle Planung gesprochen. Bei diesem Strassenbauprojekt war es keine. Es ist 1.2 Millionen Franken daneben. Das ist gigantisch. Ich werde diese Kreditabrechnung für einmal nicht genehmigen.

Palit Orun: Die Fraktion GLP ist erfreut, dass beide Kreditabrechnungen eine Unterschreitung ausweisen. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die Strassensanierungen einen erheblichen Posten im Finanzplan 2014-2018 ausmachen, nämlich fast 50 Millionen Franken. Das ist ein Viertel aller geplanten Investitionen bis 2018. Auch der Fraktion GLP ist aufgefallen, dass bei den letzten Kreditabrechnungen betreffend Strassensanierungen immer eine Unterschreitung stattgefunden hat. Da wir im Einwohnerrat keine Strassenspezialisten sind, fordern wir den Gemeinderat auf, in diesem Bereich besser und konservativer zu budgetieren. Hier sind erhebliche Einsparungen möglich. Die Fraktion GLP wird die beiden Kreditabrechnungen genehmigen.

Maibach Markus, Gemeinderat: Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Kreditüberschreitung unterbreitet, wird er gerügt. Wenn er den Kredit einhält, wird ihm unterstellt, dass er gerade so viel gebaut habe, dass der Kredit eingehalten wurde. Wenn er den Kredit unterschreitet, wird ihm unterstellt, er habe schlecht geplant.

Ich glaube, im vorliegenden Fall lohnt es sich hinzuschauen, was genau passiert ist. Erstens war der Kanton federführend. Zweitens war es ein Projekt, was innert relativ kurzer Zeit angepasst werden musste, da das ursprüngliche Projekt bekanntlich abgelehnt wurde. Drittens ist es tatsächlich so, dass damals die konzentrierte Bauweise noch unbekannt war. Vieles ist in diesem Fall dem Wettbewerb geschuldet und der speziellen Situation, die wir damals hatten.

Ich kann mich erinnern, dass man in diesem Saal schon den Vorwurf gebracht hat, dass man im Finanzplan zu tiefe Zahlen einsetze. Es ist klar, dass wir versuchen, die Finanzplanung zu professionalisieren.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst mit 48:1 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung im Betrag von Fr. 4'776'861.30 (inkl. MwSt.) für den Bau bzw. die Sanierung von zwei Kreiselanlagen sowie die Sanierung der Landstrasse im Teilstück Staffelstrasse bis Alberich Zwyszigstrasse wird genehmigt.

7 **Kreditabrechnung von Fr. 263'699.30 (inkl. MwSt.) für die Ausarbeitung des Bauprojekts "Neugestaltung Landstrasse"**

Baumann Jürg: Diese Kreditabrechnung gehört zur vorhergehenden Abrechnung, da die beiden Projekte beim Kanton als eines geführt wurden.

Der Einwohnerrat hat damals im September 2000 eine Kreditvorlage von Fr. 269'000.00 genehmigt. Die ursprüngliche Kreditvorlage, die im Einwohnerrat behandelt wurde, lag bei Fr. 249'000.00. Auf Antrag der FDP wurde diese um Fr. 20'000.00 erhöht, damit man ein Verkehrsgutachten ausarbeiten konnte, um festzustellen, ob die Landstrasse nach der Sanierung erhöht befahren werden wird, was sich nicht bewahrheitet hat.

Die Gesamtkosten dieses Projektierungskredits belaufen sich auf Fr. 263'699.30. Auch hier lag die Federführung beim Kanton. Er hat der Gemeinde vier Akonto-Rechnungen gestellt, da er selber nicht mehr wusste, wie hoch der Aufwand war. Hinzu kam das Verkehrsgutachten, welches zu 60 % der Gemeinde verrechnet wurde. Dies ergab die Gesamtsumme von Fr. 263'699.30 (inkl. MwSt.). Über die Begründungen der Kostenabweichungen müssen wir nicht diskutieren, handelt es sich doch lediglich um einen Betrag von Fr. 5'300.70.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig bei 7 Anwesenden, die Kreditabrechnung im Betrag von Fr. 263'699.30 (inkl. MwSt.) für die Ausarbeitung des Bauprojekts "Neugestaltung Landstrasse" zu genehmigen.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung im Betrag von Fr. 263'699.30 (inkl. MwSt.) für die Ausarbeitung des Bauprojekts "Neugestaltung Landstrasse" wird genehmigt.

8 **Motion der Fraktionen FDP und BDP vom 16. Oktober 2014 betreffend Lohn statt Sozialhilfe (gemeindeinternes Arbeitsprogramm für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger); Ablehnung**

Bürgler Philipp: Es ist bedenklich, dass die Sozialen Dienste mangels technischer Möglichkeiten oder mangels personeller Ressourcen keine Statistik über die Resultate der Arbeitsintegrationsbemühungen haben. Wie wir alle sicher im beruflichen oder privaten Bereich festgestellt haben, sind Informationen wesentlich, um Entscheidungen treffen zu können. Dasselbe gilt auch für die effiziente oder effektive Handhabung und Betreuung der Integrationsbemühungen. Erschwerend hinzu kommt der Wechsel bei der Leitung der Sozialen Dienste, was zu zusätzlichem Aufwand für die ganze Abteilung führt. Diese Motion würde zu weiterem zusätzlichem Aufwand führen. Aus diesem Grund sehen wir, dass die Einführung dieses gemeindeinternen Arbeitsprogramms zum falschen Zeitpunkt kommt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass es sich dabei um eine sehr gute Sache handelt, aber dass in der jetzigen Situation die momentanen Haupthandlungsfelder Vorrang haben und die Motion zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden könnte. Wir legen dem Gemeinderat und den Sozialen Diensten nahe, dass sie die Informationslage der Sozialen Dienste möglichst bald verbessern. Wir behalten uns vor, die Motion zu einem späteren Zeitpunkt in gleicher oder leicht abgeän-

derter Form wieder einzureichen. In diesem Sinn wird sich die Fraktion nicht gegen die Ablehnung des Gemeinderats aussprechen.

Merkli Michael: Ich bin weiterhin überzeugt, dass ein gemeindeinternes Arbeitsprogramm eine sehr gute Sache wäre, auch für Wettingen. Ich habe sehr viel Herzblut und Zeit in das Aktenstudium investiert und denke, dass es hervorragend wäre, wenn wir dies in Wettingen umsetzen könnten. Allerdings bin ich gleicher Meinung wie die Fraktion FDP und finde es schade, dass die Sozialen Dienste momentan nicht in der Lage sind, die Motion umzusetzen. Deshalb schliesst sich die BDP der Meinung der FDP an, dass wir zuwarten und die Motion zu einem späteren Zeitpunkt wieder einreichen werden, sobald sich die Lage in personeller und administrativer Hinsicht verbessert hat und klar ist, wie es mit den Arbeitsintegrationsbemühungen des Kantons weitergehen wird. Ich glaube, dass der Kanton aus Kostengründen nichts machen wird.

Die Motion wird zurückgezogen.

9 Motion Merkli Michael, BDP, vom 18. Dezember 2014 betreffend Ausschöpfungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Sozialhilfe; Entgegennahme

Merkli Michael: Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme der Motion. Ich bin überzeugt, dass wir massiv sparen können.

Feri Yvonne, Gemeinderätin: Der Gemeinderat nimmt die Motion entgegen und wird versuchen, diese in die LOVA 2 zu integrieren. Es wird Ihnen dazu in diesem Fall kein separates Geschäft unterbreitet werden. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste gut arbeiten, aber wir glauben, dass ein externer Blick auf ihre Arbeit eine gute Idee ist und auch zum richtigen Zeitpunkt kommt.

Noch eine Bemerkung zu den Statistiken der Sozialen Dienste: Es wird immer wieder bemängelt, auch seitens der Finanzkommission, dass wir gewisse Zahlen und Statistiken nicht liefern können. Wir arbeiten mit dem Programm Tutoris, welches einfach nicht mehr bietet. Wir müssten alle Statistiken von Hand führen. Excel-Sheets sind sehr fehleranfällig und das Personal ist mit der Dossierbearbeitung sehr belastet, was dazu führt, dass gewisse Statistiken nicht vorhanden sind.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 : 0 Stimmen, bei 24 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrats

Die Motion Merkli Michael, BDP, vom 18. Dezember 2014 betreffend Ausschöpfungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Sozialhilfe wird überwiesen.

10 Motion Merkli Michael, BDP, vom 12. März 2015 betreffend Überprüfung und Optimierung des IKS (Internes Kontrollsystem); Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Merkli Michael: Es zeigt sich, dass die Motion brandaktuell ist, wenn man den Blick

nach Wohlen richtet. Ich bin erfreut, dass der Gemeinderat bereit ist, das interne Kontrollsystem zu stärken, damit ein Fall Wohlen in Wettingen nicht passieren kann.

Wassmer Christian, Präsident Finanzkommission: Wenn man das Budget lesen würde, würde man sehen, dass man bereits im letzten Jahr für das Jahr 2015 einen Kredit gesprochen hat, um ein IKS einzuführen und derartige überflüssige Vorstösse würden sich erübrigen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Eine Anmerkung zum Stand des IKS: Wir haben einen kleinen Betrag des Kredits benötigt, um gewisse Abklärungen vorzunehmen, aber wir haben den grössten Teil nicht gebraucht. Sie werden in der LOVA 2-Vorlage, welche der Gemeinderat aller Voraussicht nach am kommenden Montag zuhanden der Finanzkommission verabschieden wird, sehen, dass die ganze IKS-Frage ein wesentlicher Bestandteil der Umsetzung und des Controllings der ganzen LOVA-Ergebnisse ist. Sie werden im Oktober ganz konkrete Umsetzungspunkte erhalten. Insofern wurden mit dieser Motion offene Türen eingerannt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 41 : 2 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrats

Die Motion Merkli Michael, BDP, vom 12. März 2015 betreffend Überprüfung und Optimierung des IKS (Internes Kontrollsystem) wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

11 Motion Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend S-Bahnhaltestelle Tägerhard; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat

Rüfenacht Jürg: Die Fraktion CVP kann mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat sehr gut leben. Es ist und bleibt aber wichtig, und das ist unsere Kernbotschaft, dass der Gemeinderat am Thema Haltestelle tägi dran bleibt und somit auch die Wettinger Interessen über regionale und kantonale Planungsgruppen rechtzeitig einfliessen lässt. Nur so kann aus unserer Sicht sichergestellt werden, dass Wettingen in den strategischen Planungen von Kanton, Bund und SBB nicht vergessen geht und somit die Option Haltestelle tägi bleibt und wir diese Option in unserer Planung immer mitnehmen können.

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Mit dem Einverständnis der Fraktion CVP, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, erübrigt sich eine Abstimmung.

12 Postulat Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend "Mission EINE Generation!"; Entgegennahme

Benz Thomas: Die Fraktion CVP dankt dem Gemeinderat, dass das Postulat entgegengenommen wird. Es ist kein politischer Vorstoss im eigentlichen Sinn, wo es darum geht, ein konkretes Sparziel zu definieren oder den Steuerfuss zu erhöhen. Es geht einfach darum, dass wir in den aktuellen hektischen Zeiten, in denen wir uns befinden, nicht vorpreschen, sondern zuerst überlegen.

Während der Zeit, in der ich dem Einwohnerrat angehöre, hat man maximal bis Fi-

nanzplan-Weite gedacht. Ich denke, diese Zeiten sind vorbei. Bei dieser Grössenordnung von Schulden, die wir jetzt aufbauen werden, braucht es ein Denken in Generationen. Wir brauchen jetzt als erstes Szenarien, die einen Schuldenabbau aufzeigen, aufgrund derer wir politische Debatten eingehen können, gut vorbereitet sind und die Leitplanken setzen können, um den Schuldenabbau, den es zwingend brauchen wird, auch durchführen zu können.

Ganz wichtig: Es heisst "Mission eine Generation" und nicht "Vision eine Generation". Es ist mehr als ein Traum, eine Vision ist ein Traum, den man irgendwann einmal vielleicht umsetzen kann. Für uns ist es eine Mission. Wir wollen, dass wir in 20 bis 30 Jahren der nächsten Generation eine auch finanziell gesunde Gemeinde übergeben können. In diesem Sinne möchte ich auch nicht mehr länger werden. Bringen wir diese Mission eine Generation, ein sehr langfristiges Projekt, ins Rollen.

Palit Orun: Die Fraktion GLP ist erfreut, dass der Gemeinderat das Postulat der Fraktion CVP entgegen nimmt. Wir weisen darauf hin, dass die Fraktion GLP die Schuldenproblematik als gravierendes Problem von Wettingen erachtet und jetzt zum Glück die Fraktion CVP auch darauf aufspringt.

Die Fraktion GLP hat anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung dem Gemeinderat einen konkreten Vorschlag zur Schuldenreduktion vorgelegt. Jetzt hoffen wir natürlich, dass die CVP und die übrigen Parteien unsere Motion unterstützen werden. Wir wollen, dass der Gemeinderat eine Selbstfinanzierung von mindestens 5 Millionen Franken pro Jahr über die nächsten zehn Jahre hinweg budgetiert, ohne den Steuerfuss zu erhöhen. Der Ertragsüberschuss soll überwiegend für den Schuldenabbau in den nächsten zehn Jahren verwendet werden. Der Fokus dieser Motion liegt eindeutig auf der Kürzung der Ausgaben. Wettingen hat nämlich in der Vergangenheit schon mehrmals eine Selbstfinanzierung von 5 Millionen Franken oder höher ausgewiesen. Wir würden damit die Schulden in den nächsten 10 Jahren um zirka 50 % kürzen. Wir wollen wieder eine Nettoschuldquote von Fr. 2'500.00 haben, wie es das Gemeindeinspektorat auch vorschlägt.

Scherer Kleiner Leo: Ich habe grundsätzlich nichts gegen dieses Postulat einzuwenden, möchte aber auf folgendes hinweisen: Der Idealfall wäre, wenn man erst dann die grossen Investitionen tätigt, wenn das Geld vorhanden ist. Dies ist leider nicht möglich geworden, weil, wenn Überschüsse hätte entstehen können, der Steuerfuss reduziert wurde. Also ist jetzt das Geld für die Investitionen nicht vorhanden.

Ihr sagt in Eurer Begründung, der Finanzplan zeige nur auf, wie die Schulden ansteigen, aber nicht, wie sie abgebaut werden. Das stimmt aber nicht ganz. Wir haben in der Finanzkommission kürzlich Finanzplan-Entwürfe erhalten, in welchen in Szenarien aufgezeigt wurde, was passiert, wenn man das eine oder das andere macht. Wenn wir den Steuerfuss in den nächsten vier Jahren bei 95 % belassen anstelle ihn auf 100 % anzuheben, werden wir in vier Jahren sage und schreibe 11.1 Millionen Franken mehr Schulden haben. Mein Plädoyer ist klar, wir müssen sicher auf der Ausgabenseite dafür sorgen, dass wir die nötige Disziplin erhalten, dort wo wir sie nicht schon längst genügend haben, aber wir müssen auch die Ertragsseite ansehen.

Benz Thomas: Besten Dank für die positive Aufnahme unseres Vorstosses. Es wird bereits über konkrete Massnahmen diskutiert. Genau das ist das Postulat aber noch nicht. Ich hoffe, dass wir Ergebnisse erhalten werden, aufgrund derer wir anschliessend intensiv über Massnahmen diskutieren können. Dafür braucht es aber zuerst eine Grundlage. Da reicht es mir nicht aus, wenn die verschiedenen Parteien ihre Einzelvorschläge einbringen. Es braucht zuerst eine objektive Sicht.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Es ist so, dass aufgrund der aktuellen finanziellen Lage und aufgrund der anstehenden grossen Investitionen der Gemeinderat eine Überprüfung der Schuldenplanung vorgenommen hat. Auf der einen Seite wurde der Steuerfuss gesenkt, andererseits wurden aber auch Schulden abgebaut, damit man bereit ist und die Kraft hat für neue Investitionen. Das Postulat geht in die richtige Richtung, dass man die Schuldenplanung überprüft, dass man nicht in eine Hektik gerät und Hüftschüsse macht. Das wäre falsch. Die LOVA überprüft Leistungen, was wir weiterhin anbieten wollen. Man muss beide Seiten betrachten. Man muss die Einnahmen- und die Ausgabenseite betrachten, man muss feststellen, dass man nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt. Das ist letztlich auch bei der Schuldenfragen und der Schuldenbewirtschaftung ein wichtiger Punkt. Da haben Leo Scherer und auch Thomas Benz recht. In diesem Sinn nehmen wir diese Stossrichtung sehr gerne entgegen, und zwar als Mission und nicht nur als Vision.

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Das Postulat wird entgegen genommen. Deshalb erübrigt sich eine Abstimmung.

13 Postulat Merkli Michael, BDP, vom 24. Juni 2015 betreffend Rückstellung der steuerlichen Mehreinnahmen bei Zwecksteuer Erhebungen; Ablehnung

Merkli Michael: Ich möchte eine kurze Begründung des Gemeinderats hören, weshalb das Postulat zur Ablehnung empfohlen wird.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Der Vorstoss muss abgelehnt werden, da er in der vorliegenden Form nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Gemäss § 85 b Gemeindegesetz ist die gemäss Postulat verlangte zweckgebundene Rückstellung von steuerlichen Mehreinnahmen nicht erlaubt. Man kann z.B. nicht eine Steuerfusserhöhung von 5 % verlangen, wovon 2 % für eine bestimmte Sache verwendet werden sollen. Das ist gesetzlich nicht möglich. Wenn viele Investitionen anstehen, hat eine Steuerfusserhöhung zum einen das Ziel, dass der laufende Haushalt verbessert und gleichzeitig die Selbstfinanzierung erhöht werden kann. Das ist möglich, jedoch nicht die direkte Zweckgebundenheit von Steuereinnahmen. Dieses System kennen wir nicht.

Unter HRM2 ist die Sache noch etwas im Fluss. Es können Rückstellungen gebildet werden, wenn es sich um eine gegenwärtige Verpflichtung handelt, deren Ursprung in der Vergangenheit liegt. Allerdings können mit der neuen Rechnungslegung HRM2 sog. Vorfinanzierungen für bestimmte Investitionsvorhaben gebildet werden. Die Bildung einer Vorfinanzierung entspricht eigentlich vorgezogenen Abschreibungen. Nach Inbetriebnahme wird die Vorfinanzierung mittels Entnahmen zur Reduktion der Abschreibungen eingesetzt. Dies wäre möglich, aber es dürfte nicht für diesen Teil eine Steuerfusserhöhung verlangt werden. Dies wäre wieder zweckbindend.

Das vorliegende Postulat muss aufgrund des geltenden Gesetzes zwingend abgelehnt werden.

Merkli Michael: Besten Dank für die Ausführungen. Ich möchte an dieser Stelle noch eine Anmerkung zum Votum von Christian Wassmer machen: Sehr wohl habe ich die Unterlagen damals durchgelesen. Ich verlangte in meinem Postulat eine Optimierung des bestehenden IKS und keine Neueinführung. Dies ist ein Unterschied.

Nun zum aktuellen Postulat: Nach den Ausführungen des Gemeindeammanns ziehe ich das Postulat zurück. Ich bedanke mich für die Erklärungen.

14 Postulat Merkli Michael, BDP, vom 24. Juni 2015 betreffend Optimierung des Prognose-Prozesses Steuereinnahmen natürliche Personen; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Dieth Markus, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat mit der Entgegennahme des Postulats kein Problem. Wir beantragen ihnen gleichzeitig die Abschreibung des Postulats, da die geforderten Prozesse bereits durchgeführt werden. Tatsächlich war die Prognose betreffend Steuerertrag in der nahen Vergangenheit ein Problem. Sie können sich aber sicher daran erinnern, dass es früher eher umgekehrt war, dass man das Gefühl hatte, der Gemeinderat male dunkle Wolken an den Himmel. In den letzten zehn Jahren hatten wir insgesamt 25 % mehr Steuereinnahmen generiert, was dazu führte, dass man diesem Trend weiter folgte, obwohl immer noch unter den kantonalen - noch positiveren - Prognosen budgetiert wurde. Die Situation hat sich nun geändert und die Prognosen betreffend Einnahmen aus Steuererträgen gilt es zu korrigieren. Dies wurde auch gemacht. Das Controlling erfolgt nun monatlich, so dass man auch auf der Einnahmenseite das Ergebnis in Zahlen benennen kann und dementsprechend auch die Konsequenzen daraus ziehen kann.

Wir bleiben nun bei der Budgetierung der Steuereinnahmen tiefer als es die Prognosen des Kantons vorsehen, da wir die Unsicherheit auf der Einnahmenseite nicht nochmals herausfordern wollen.

Wetzel Joseph, Einwohnerratspräsident: Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen und gleichzeitig abgeschrieben. Eine Abstimmung erübrigt sich dadurch.

15 Interpellation Huber Reto und Wassmer Christian, beide CVP, vom 16. Oktober 2014 betreffend Sozialhilfekosten; schriftliche Beantwortung

Huber Reto: Ich bedanke mich bei allen Involvierten für die ausführliche Beantwortung dieser Fragen. Die aktuelle Situation wird sehr ausführlich beschrieben, was für uns sehr wertvoll ist. Gesamthaft betrachtet habe ich aber etwas mehr erwartet. Ich habe mehr Bereitschaft erwartet, die Problematik proaktiv anzugehen. Ich habe einen grösseren Willen erwartet, uns Möglichkeiten aufzuzeigen, über welche möglicherweise auch die Politik diskutieren kann. Ich habe auch einen grösseren Willen erwartet, dass man in allen Punkten transparent und offen kommuniziert. Das vermisse ich teilweise.

Ich möchte nicht alle Punkte eins zu eins durchgehen, aber lassen Sie mich einzelne Punkte herauspicken:

Betreffend "Bereitschaft, eine Thematik anzugehen": Auf Seite 2 wird erwähnt, dass es mit den zur Verfügung stehenden Informationen nicht möglich sei, den höheren Aufwand zu begründen. In der nächsten Grafik wird dann aufgezeigt, dass wir mit einem Nettoaufwand von Fr. 321.00 mit Abstand die höchsten Kosten haben. Man stellt also selber fest, dass der Aufwand sehr hoch ist, um nicht zu sagen, zu hoch. Aber müsste man sich dann nicht im eigenen Interesse die fehlenden Informationen beschaffen?

Betreffend "Möglichkeiten aufzeigen": Auf Seite 3 wird erwähnt, dass in anderen Gemeinden die Finanzierung von Zahnsanierungen verschärft wurde. Ich finde dazu jedoch keinen Hinweis, ob dies in Wettingen auch ein Thema ist. Wir können aus dieser Antwort auch nicht ableiten, ob dies zumindest geprüft wird oder allenfalls schon passiert ist. Wir wissen es einfach nicht.

Betreffend "transparent kommunizieren": Auf Seite 3 unten wird weiter ausgeführt, dass es gelungen ist, die Sozialhilfezahlungen um 3.9 Millionen Franken zu reduzieren und dass die professionelle Arbeit, die Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen und das Controlling durch die Leitung dafür verantwortlich seien. Diese Darstellung finde ich etwas einseitig, wird doch grosszügig ausgeblendet, dass dafür die Einnahmen weit überproportional gesunken sind, wodurch unter dem Strich die Sozialhilfe netto deutlich mehr kostet.

Betreffend "Möglichkeiten aufzeigen": Auf Seite 3 wird auch darauf hingewiesen, dass die Sozialen Dienste die Fachkenntnisse für andere Rechtsgebiete auch sicherstellen müssen. Könnte man hier nicht eine engere Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen prüfen? Existieren in unserer grossen Gemeinde wirklich keine Spezialisten in anderen Abteilungen?

Bei den Fragen 2 und 3 wird die aktuelle Situation aufgezeigt, aber es wird weder eine Überarbeitung der Richtlinien ins Auge gefasst noch werden Möglichkeiten aufgezeigt, wo finanzielle Einsparungen möglich wären. Es wird lediglich erwähnt, dass kaum Möglichkeiten bestehen, dass es sich um Einzelfälle handeln würde und dass kleine Beträge gespart werden würden.

Es ist uns allen bewusst, dass die Reduktion dieser Kosten sehr schwierig ist. Aber ehrlich gesagt bin ich nach dem Lesen der Beantwortung der Interpellation nicht sehr viel schlauer als vorher. Wir werden jetzt die Beantwortung der Motion von Michael Merkli betreffend Ausschöpfungsmöglichkeiten der gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Sozialhilfe abwarten und anschliessend über weitere Schritte und Massnahmen befinden.

16 Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Dezember 2014 betreffend transparente Legislaturziele des Gemeinderats; schriftliche Beantwortung

Burger Alain: Wir danken dem Gemeinderat für die Leitsätze für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Das Fazit konnten wir bereits in der Aargauer Zeitung lesen, ich zitiere: "Nichts Visionäres, ein Fortschreiben des heutigen Wettingsens", was grundsätzlich ja nicht negativ ist, aber etwas dürftig für Leitziele.

Wir haben in unserer Interpellation aber Legislaturziele und Massnahmen gefordert. Und da wir Legislaturziele und nicht Ziele für 10 bis 15 Jahre forderten, sind wir mit der Beantwortung des Gemeinderats nicht zufrieden. Legislaturziele sind Ziele, die der Gemeinderat bis 2017 erreichen will. Sie sind konkret, haben im besten Fall Indikatoren und geplante Massnahmen. Man kann solche z.B. abrufen auf der Homepage der Stadt Baden, wo sie bereits wenige Monate nach Beginn der Legislatur bereits aufgeschaltet waren.

Wir machen ein paar Beispiele aus dieser Broschüre.

Beispiel 1: "Die berufliche Weiterbildung der Mitarbeitenden wird gefördert." - Was ist da genau geplant? Ist das nicht selbstverständlich bei einem Unternehmen wie der Gemeinde Wettingen?

Beispiel 2: "Fossile Energieträger sind durch erneuerbare zu ersetzen." - Wo wird wie viel und was genau ersetzt? Ich erinnere an ein Postulat unsererseits zu einem sauberen Strommix, welches der Gemeinderat ablehnte. Da leuchtet es mir nicht ganz ein, wie es dann ein Ziel sein kann.

Beispiel 3: "Die bestehenden Infrastrukturen wie Turnhallen, Fussballplätze, Landhockeyplätze sind wichtige Pfeiler." - Was ist hier das Ziel? Wird künftig mehr Geld in die Infrastruktur unserer Sportstadt investiert?

Wie will der Gemeinderat den Tanker Wettingen lenken, wenn er nicht weiss, wo dieses Schiff in zwei Jahren sein soll? Die Aargauer Zeitung schreibt schliesslich als Fazit in ihrem Kommentar: "Schade." - Ja, schade. Die Fraktion SP/WettiGrünen begnügt sich nicht mit einer weiteren Hochglanz-Broschüre mit plakativem Inhalt, die aber sehr wenig aussagt. Wir fordern den Gemeinderat weiterhin auf, seine Legislaturziele wenn möglich noch in dieser Legislatur, sofern er überhaupt welche hat, transparent zu machen.

Antrag Christian Pauli auf Diskussion

Beschluss des Einwohnerrats

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 31:13 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugestimmt. Abstimmung über Diskussion

Pauli Christian: Ich hole kurz aus: Rückblick Standortförderung 2014 - Ab Seite 4 dieser Broschüre ist zu lesen: Firmenbesuche, Standortpflege, Gewerbe... - Es geht weiter auf Seite 6: Mit Handels- und Gewerbeverein, Detaillisten usw. - Die Broschüre ist informativ und eine schöne Sache. Jetzt haben wir die Leitziele und Leitsätze neu überarbeitet erhalten. Aber im ganzen Prospekt ist kein Wort über die Wirtschaft, über KMU, über Geschäfte, über Ausbildungsplätze zu lesen. Ich finde dies ziemlich traurig. Wenn man die Leitsätze von 2001 betrachtet, ist die Wirtschaft als Nummer 2 erwähnt mit einem grossen Text dazu. Was man alles unternimmt, dass die Unternehmungen in Wettingen bleiben, was man zur Verfügung stellt, wie man sie fördert, Ausbildungsplätze fördert usw. Mir kommt es vor, als ob Wettingen gar keine Wirtschaft mehr haben möchte. Irgendwann ziehen alle KMU weg. An der Landstrasse wird es noch ein paar Läden haben, der Rest der KMU wird abwandern. Ich finde dies sehr bedenklich. Aus diesem Grund haben Daniel Notter, Roland Michel und ich ein Postulat eingereicht mit dem Titel "Mehr Beachtung für das Gewerbe und die Arbeitsplätze in Wettingen".

Dieth Markus, Gemeindeammann: Bei den Leitzielen und Leitsätzen handelt es sich um eine höhere Flugebene. Darin führt der Gemeinderat nicht nochmals im Detail aus, was beispielsweise die Standortförderung genau macht. Dafür wurde die Überarbeitung des Konzepts der Standortförderung durchgeführt, für welches die vorliegenden Leitziele und Leitsätze mit den Kernaussagen Sportstadt, Gartenstadt und Generationenstadt diskutiert wurden.

Ich gebe Ihnen Recht, dass die Leitziele und Leitsätze nicht sehr visionär sind. Wir haben Schwerpunkte gesetzt aus der heutigen Beurteilung. Daraus ergeben sich einige klare Aussagen. Diese Aussagen gab es früher nicht. Im alten Leitbild wurde einfach seitenweise abgehandelt, was man in jedem beliebigen Leitbild findet, wo überall mehr oder weniger das Gleiche zu lesen ist.

Der Gemeinderat hat ganz klare Schwerpunkte gesetzt. Dafür haben wir uns auch entsprechend Zeit gelassen und die Entwicklung der Prognosen abgewartet. Wir sind der Meinung, und dies ist ein sehr wichtiger Punkt, dass sich der Gemeinderat gemeinsam mit Ihnen als Parlament und der restlichen Bevölkerung aktiv mit der Bevölkerungsprognose auseinandersetzen soll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass alles, was wir in den Leitziele und Leitsätzen abgebildet haben, nur umgesetzt werden kann, wenn wir über einen gesunden Finanzhaushalt verfügen. Das sind ganz wichtige Parameter.

Der dritte wichtige Punkt ist, dass der Wettinger Gemeinderat sich klar zur regionalen Zusammenarbeit bekennt. Er will dies weiterhin fördern, sei es im Kreis 2 oder allenfalls mit weiteren Gemeinden. Das ist die zentrale Stossrichtung, was man früher nie in dieser Deutlichkeit machte. Das werden Sie nun spüren in allen Vorlagen, auch wenn Sie selber Vorstösse einreichen. Die Zusammenarbeit Gemeinderat, Standortförderung mit dem Gewerbe und auch dem HGV läuft gut und intensiv. Sie haben nun einen Vorstoss eingereicht betreffend mehr Fokus auf das Gewerbe. Wenn dieser überwiesen wird, wenn seitens des Parlaments in diesen Bereich noch mehr Kraft gegeben werden soll, werden wir dies umsetzen und Ihnen mit entsprechenden Massnahmen wieder beantragen, seien diese kostenintensiv oder nicht. Man wird dann wieder überprüfen müssen, ob man sich diese leisten kann und will.

Man muss aufpassen, dass man die richtige Flugebene dieser Leitziele und Leitsätze erkennt. Wir sind der Meinung, dass wir keine Abteilung einrichten wollen mit zwei bis drei Mitarbeitenden, welche die ganze Zeit mit grünen, gelben und roten Ampeln überprüfen, ob die Leitsätze eingehalten werden. Dies tun die Ressortverantwortlichen des Gemeinderats zusammen mit den Abteilungsleitern. Die Sofort- und Schlüsselmassnahmen mit dem entsprechenden Status und den konkreten Massnahmen, Prioritäten und Zuständigkeiten sind bereits vorhanden. Beispielsweise ist klar definiert, was in welchem Zeitraum erledigt werden muss. Priorität 1 ist sofort, Priorität 2 ist 2016, Priorität 3 ist 2017. Dies ist vorhanden und notwendig, damit wir uns im Gemeinderat auch selber überprüfen können. Daraus entstehen Aufträge und Vorlagen, die immer anhand der Leitziele und Leitsätze überprüft werden.

Es ist unglücklich gelaufen, dass wir Ihnen die Leitziele und Leitsätze als Beilage zu einer Interpellation unterbreitet haben. Zum Glück wurde nun aber die Diskussion beschlossen, so dass diese besprochen werden können.

Der Leuchtturm Generationenstadt ist neu. Die Leuchttürme Gartenstadt und Sportstadt sind bereits bestehend. Dazu geben wir ein klares Bekenntnis ab und wollen dort weiter dran bleiben. Wir wollen künftig noch mehr Kraft auf den Sport geben, da wir der Meinung sind, hier mehr bieten zu können als andere Gemeinden.

Benz Thomas: Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass es sich bei den vorliegenden Leitsätzen und Leitziele um ein Dokument handelt, das man etwas intensiver diskutieren müsste als einfach nur so nebenbei. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat das Thema aufgenommen hat. Der Gemeinderat ist Exekutive, ausführende Gewalt. Irgendwo müsste bei so langfristigen Visionen und Denkweisen jedoch auch die Legislative ein Wort mitreden können. Vielleicht kommt im Einwohnerrat noch der Moment, wo man zu diesem Thema Stellung nehmen kann.

17 Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 16. Oktober 2014 betreffend Gemeindebibliothek zur Kundenstruktur und Angebot; schriftliche Beantwortung

Merkli Michael: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation. Ich bin erfreut, dass die Bibliothek, die ein Bijou unserer Gemeinde ist, sich auch aktiv um die Integration unserer fremdsprachigen Mitbürger bemüht. Ich würde mich natürlich auch freuen, wenn es noch ein bisschen mehr wäre, wie z.B. in Baden, so dass wir unsere

fremdsprachigen Mitbürger noch mehr integrieren könnten. Es ist mir klar, dass dies im momentanen Sparprozess vor allem ein Wunsch ist.

Ich würde mir wünschen, dass man in den Schulen noch etwas mehr Werbung macht, um den fremdsprachigen Kindern und ihren Müttern die Möglichkeiten der Bibliothek aufzuzeigen, um sich in der Schule zu entwickeln, damit sie später eine gute Ausbildung machen können und für uns alle volkswirtschaftlich gesehen einen Mehrertrag erwirtschaften.

Betreffend Sozialhilfeempfänger: Es gibt eine Broschüre, welche alle vergünstigten Angebote enthält, die Sozialhilfeempfänger beziehen können. Z.B. können sie für Fr. 100.00 eine Woche Ferien in einem REKA-Dorf machen. Wenn man dann feststellt, dass nur sieben Personen das Angebot der Bibliothek nutzen, wo sie bei einer Ermässigung von 50 % jeden Tag vier Zeitungen lesen oder Spiele holen könnten, dann bekommen sie anscheinend zu viel Geld, damit sie sich anderweitig informieren können.

18 Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 15. Mai 2014 betreffend Kaminfegerpreise und Kaminfeger im Allgemeinen; schriftliche Beantwortung

Merkli Michael: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation.

Bei Frage 2 habe ich gefragt, ob der Gemeinderat die Ansätze ebenfalls anheben würde, wenn der Kanton seine Ansätze anheben würde. Ich hatte damals ein sehr langes Gespräch mit dem zuständigen Herrn der Kantonsverwaltung geführt. Die Kantonsverwaltung ist mir gegenüber viel informationsfreudiger als die Gemeinde Wettingen. Bei der Kantonsverwaltung teilte man mir mit, dass man die Wünsche nach Erhöhung der Ansätze nicht sehr positiv entgegen nimmt. Man fragt sich, wofür die Kaminfeger mehr Geld brauchen, damit sie Werbung machen können. Ich hoffe, dass, sofern der Kanton eine Erhöhung der Ansätze vornehmen würde, der Gemeinderat diese nicht einfach sakrosankt übernimmt, sondern zuerst beurteilt, ob eine Erhöhung für Wettingen auch begründet wäre. Die Kaminfeger haben immerhin ein Monopol. Ich denke, mancher Gewerbebetrieb hätte in Wettingen auch gern ein Monopol, z.B. der Teppichleger, der dann seine Werbung auch noch gleich auf die Preise draufschlagen könnte.

Betreffend die Frage zum Beschwerderecht: Ich hatte von mehreren Bürgern Rückfragen, die eigentlich eine Beschwerde anbringen wollten. Zuerst habe es geheissen, sie sollen zum Gemeinderat, dann hiess es, man müsse sich beim Werkhof melden. Aufgrund dessen habe ich eine Interpellation eingereicht. Nun weiss es jeder definitiv: Man muss eine Beschwerde schriftlich an den Gemeinderat richten und nicht beim Werkhof darüber diskutieren.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Wettingen, 10. September 2015

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrats

Der Präsident

Joseph Wetzel

Die Aktuarin

Barbara Wiedmer